

aktuell 150

Mitgliedermagazin des Bundesverbandes Deutscher Volks- und Betriebswirte

S. 10

Claudia Kemfert:

„Stehen am Wendepunkt“

S. 16

Im Gespräch mit

Karl-Heinz Streibich

S. 22

Veronika Grimm:

„Müssen Europa stärken“

S. 34

**Debatte: Ist die VWL noch
auf dem richtigen Weg?**

„Corona-Schocks“

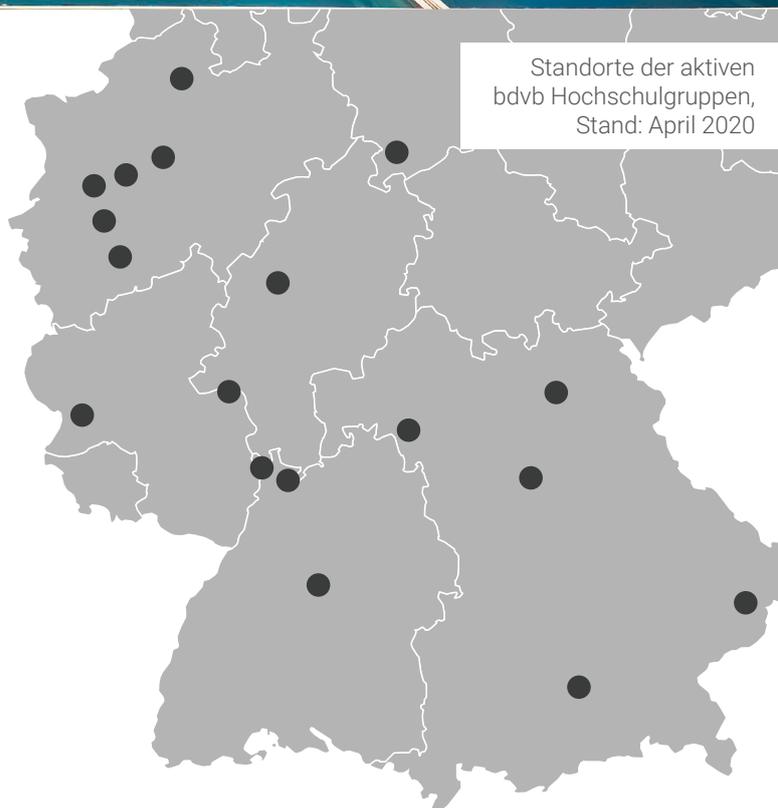
Nachhaltig aus der Krise?





High-Potential Campus Recruiting mit Deutschlands größtem Wirtschaftsakademikerverband

Als Partner im bdvb Firmenkontaktforum präsentieren Sie sich als bevorzugter Arbeitgeber für Absolventen aller wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge. Informieren Sie sich jetzt über Ihre Möglichkeiten.



COMMUNICATION

CONFERENCES

CAMPUS EVENTS

NEU

Online-Börse für Thesis-Themen

Auf unserem Karriereportal careers.bdvb.de können Sie jetzt auch Themen für Bachelor- und Masterarbeiten ausschreiben.

Das Angebot ist kostenlos. Wir beraten Sie gerne.

Kontakt: Tel. 0211 37 10 22,
E-Mail: firmenkontaktforum@bdvb.de



Liebe Mitglieder und Freunde des bdvb,

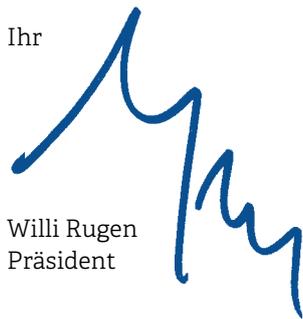
wir alle haben in den letzten Monaten zu spüren bekommen, wie wichtig es ist, unser Tun am Maßstab der Nachhaltigkeit auszurichten. Das gilt für berufliche und geschäftliche Belange ebenso wie für die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen wir leben. In zahlreichen Online-Events, die inzwischen unter *bdvblounge.digital* als Aufzeichnung verfügbar sind, haben wir begonnen, uns darüber auszutauschen, wie eine nachhaltige Wirtschaft in Zukunft aussehen könnte.

So ist das bdvb Jahresthema „Nachhaltig aus der Krise“ entstanden, mit dem wir bis zum Sommer 2021 ein gemeinsames Dach über unsere Aktivitäten und Veranstaltungen spannen wollen. Ein Jahresthema für den bdvb, das heißt konkret: Regionalverbände, Hochschulgruppen und Fachausschüsse sind aufgerufen, den Weg aktiv mitzugestalten, wie wir als Verband die Krise wahrnehmen und daraus neue, nachhaltige Perspektiven erarbeiten.

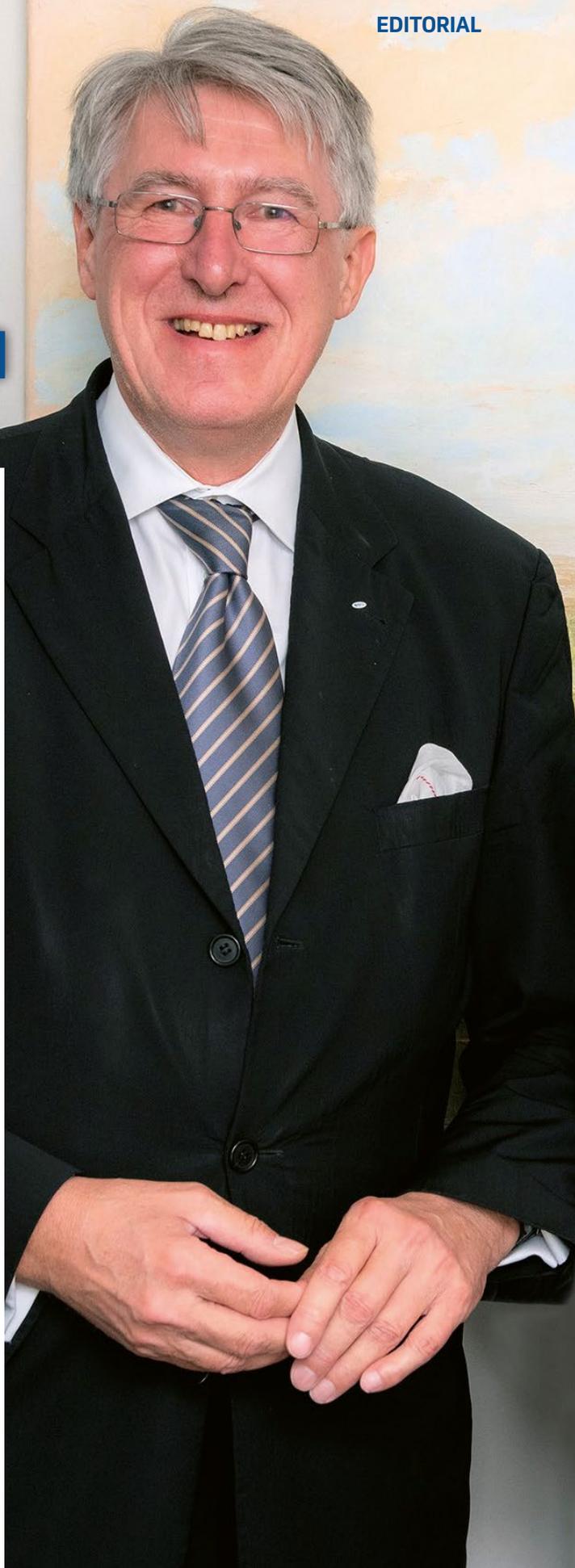
Auch an den Hochschulen wird unser Thema diskutiert – zum Beispiel im Zusammenhang mit BWL- und VWL-Studiengängen, deren Nachhaltigkeit von manchen in Frage gestellt wird. Zu mathematisch, zu vereinfachend und inhaltlich überholt, so lauten die Vorwürfe, und klimarelevante Aspekte würden nicht ausreichend abgebildet.

In diese Debatte schalten wir uns ein, auch wenn wir ein gewisses Spektrum an unterschiedlichen Meinungen für begründbar halten. Statt zu polarisieren, schaffen wir ein Forum, an dem sich auch unsere studierenden Mitglieder rege beteiligen. Ein Teil dieser Debatte findet in diesem Heft statt, und vielleicht geht es Ihnen wie mir: Mein eigenes Studium liegt schon ein paar Tage zurück – umso gespannter bin ich auf diese Lektüre und freue mich auf die Zuschriften, die uns daraufhin erreichen werden.

Ihr



Willi Rugen
Präsident



Editorial

3

Aus Wirtschaft und Gesellschaft

„Corona-Schocks“

6

Corona überwinden, Wirtschaft neu erfinden

16

Lehren der Corona-Krise – Warum haben sich die Aktienmärkte so schnell erholt und wie geht es weiter?

26

Europäische Führungskräfte schreiten voran

42

Die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030

44



Impressum

bdvb aktuell

Ausgabe 150
Oktober bis Dezember 2020
ISSN 1611-678X

Herausgeber

Bundesverband Deutscher
Volks- und Betriebswirte e.V.
Florastraße 29, D-40217 Düsseldorf
Tel. +49 211 371022, Fax +49 211 379468
www.bdvv.de, info@bdvv.de

Redaktionelle Mitarbeit in dieser Ausgabe

Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger (V.i.S.d.P.),
Birgit Schoerke-Zitz und Florian Ries

Anzeigen, Layout, Herstellung, Druck

Köllen Druck + Verlag GmbH
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14

53117 Bonn-Buschdorf

Tel. +49 228 989820, Fax +49 228 9898255
verlag@koellen.de

Der Bezugspreis von 5,50 Euro ist im
Mitgliedsbeitrag enthalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur in Absprache
mit dem Herausgeber gestattet.

Für den Inhalt der Artikel sind die jeweiligen
Autoren verantwortlich.

Bildnachweise

Titel: © Elle Aon / shutterstock.com

Inhalt: Soweit nicht anders gekennzeichnet,
alle Bilder/Grafiken © 123rf.com

Aus Gründen der Lesbarkeit wurde in den Texten
die männliche Form gewählt. Die Angaben beziehen
sich auf Angehörige aller Geschlechter
gleichermaßen.

Im Gespräch mit

Prof. Dr. Claudia Kemfert: Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften stehen am Wendepunkt	10
Prof. Dr. Michael Abländer: Staatliche Eingriffe ins Freiheitsrecht sind immer nur die Ultima Ratio	13
Dr. Christian Lautermann: Immer mehr Unternehmen nehmen Nachhaltigkeit ernst	19
Prof. Dr. Veronika Grimm: Die aktuelle Situation ist außergewöhnlich	22
Karl-Heinz Streibich: Wir brauchen die Aufklärung 2.0“	30

Debatte

Relevant, nachhaltig, krisenfest – Sind die Wirtschaftswissenschaften noch auf dem richtigen Weg?	34
---	----

Studium und Karriere

Gelesen/Notiert	29
Drum prüfe, wer sich zeitlich begrenzt binden will	46

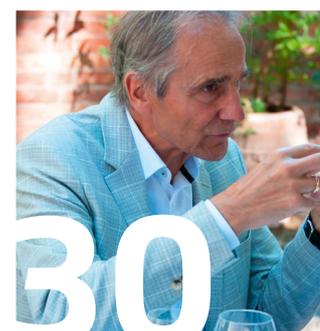
Perspektiven

Ausstellung: Das Leben und Wirken von Friedrich List	28
Preis-Bildung hinter verschlossenen Türen	48
Zusammen für ökonomische Schulbildung	52

Verbandsleben

Hochschulgruppenleiterkonferenz	49
Regionalverbände und Hochschulgruppen	50
Veranstaltungshinweise	53
Wir gratulieren herzlich	54
Mitgliedsvorteile	57

Das letzte Wort **58**



„Corona-Schocks“

Nachhaltig aus der Krise?

Corona-Schocks bringen Rezessionsdruck, gegen den expansive Geld- und Fiskalpolitik zielen. Der Digitalsektor expandiert, zugleich will die Politik eine nachhaltige Krisenüberwindung.

Corona-Schocks haben medizinisch und ökonomisch enorme Herausforderungen gebracht: für die EU-Länder, die USA, Brasilien, Indien, Russland, China und viele andere Länder. Ökonomisch gesehen ist in der ersten Jahreshälfte 2020 eine Weltrezession entstanden, da über 100 Länder der Welt eine massive Wachstumsverlangsamung – wie etwa in China als Ausgangsland der Coronavirus-Pandemie – oder gar absolute Rückgänge des realen Bruttoinlandsproduktes erlebten; Letzteres betrifft die meisten OECD-Länder. Durch Kurzarbeitergeld-Zahlungen in Deutschland, expansive Geldpolitik der Eurozone, der USA und Großbritanniens im zweiten Quartal 2020 plus den Start einer expansiven Fiskalpolitik in den OECD-Ländern hat man den ökonomischen Einbruch gemindert. Aber in mehreren Industrieländern ergeben sich zweistellige reale Einkommens-Rückgänge im Schockjahr 2020: doch mit Aussicht auf einen deutlichen Wirtschaftsaufschwung in 2021. Expansive Geldpolitik wird von Seiten einiger Marktbeobachter mit mittelfristiger Inflationsgefahr gleich gesetzt.

Der IWF rechnet im Economic Outlook vom Juni mit einem Realeinkommensrückgang zwischen -6% für Japan, -8% in den USA, -10% in der Eurozone, allerdings auch mit starkem Wachstum in einigen Industrieländern in 2021. Für die Weltwirtschaft werden

für 2020 -4,9% beim realen Wachstum, in 2021 aber +5,4% erwartet. Die Arbeitslosenzahlen steigen weltweit deutlich an, die staatlichen Defizit- und Schuldenquoten in 2020 ebenfalls. In dieser Situation kommen in der EU neuartige gemeinschaftliche EU-Kreditprogramme gelegen, für die die EU-Finanzminister im April 2020 mit einem 540 Mrd. €-Kreditpaket und die EU-Kommission bzw. der Europäische Rat im Juli mit ihrem 750 Mrd. €-Kreditpaket die Weichen gestellt haben. Bei Letzterem wurde die anfänglich vorgesehene Transfersumme von 390 Mrd. € gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag von 500 Mrd. € herabgesetzt; das erscheint immer noch als überzogen, da die Effizienz etwa von EU-Strukturfondsausgaben erfahrungsgemäß schwach ist. Ob allerdings EU-Länder auch das jeweilige EU-Kreditangebot in Anspruch nehmen, scheint angesichts niedriger Zinssätze für fast alle Länder der Eurozone als fraglich.

Von Seiten der EU-Mitgliedsländer gibt es aber umfangliche kreditfinanzierte Staatsausgabenerhöhungen und auch Garantiepakete für Unternehmen und Banken, so dass der wirtschaftliche Schock der Corona-Epidemie abgefedert wird; in Deutschland wurden zudem zunächst für das 2. Halbjahr 2020 die Mehrwertsteuersätze gesenkt. Dass es auch zu fragwürdigen staatlichen Rettungsaktionen kommt, wird noch kritisch zu debattieren sein – warum etwa die TUI als Tourismus-Unternehmen große staatliche Rettungspakete erhält, ist kaum einzusehen. Der notwendige Strukturwandel gerade in der Corona-Weltrezession sollte nicht



ohne vernünftige Gründe durch große Staatsinterventionen aufgehalten werden. Erkennbar ist, dass die Expansion des Sektors der Informations- und Kommunikationstechnologie durch die Corona-Schocks begünstigt wird; digitale Wertschöpfung nimmt zu.

Im Übrigen hat die EU-Kommission betont, dass bei Projekten aus dem Kredit- und Transferpaket die Bereiche Digitalisierung, Klimaschutz und Modernisierung des Gesundheitswesens vorrangig sein sollen. Der Europäische Rat allerdings, der letztlich die Weichen beim 750 Mrd. €-Paket gestellt hat, brachte ausgerechnet Kürzungen bei den Bereichen Innovation und Nachhaltigkeit ins Spiel, was das zustimmungspflichtige Europäische Parlament so wohl nicht akzeptieren wird.

Nachhaltig aus der Wirtschaftskrise zu kommen, ist ein vernünftiges Ziel im doppelten Sinn des Wortes: Die Corona-Krise gilt es langfristig zu überwinden, zugleich sollte die Wirtschaftsstruktur stärker auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz ausgerichtet werden. Das Doppelziel zu erreichen, ist allerdings keineswegs einfach – da müssten tatsächlich vernünftige entsprechende Weichenstellungen bei

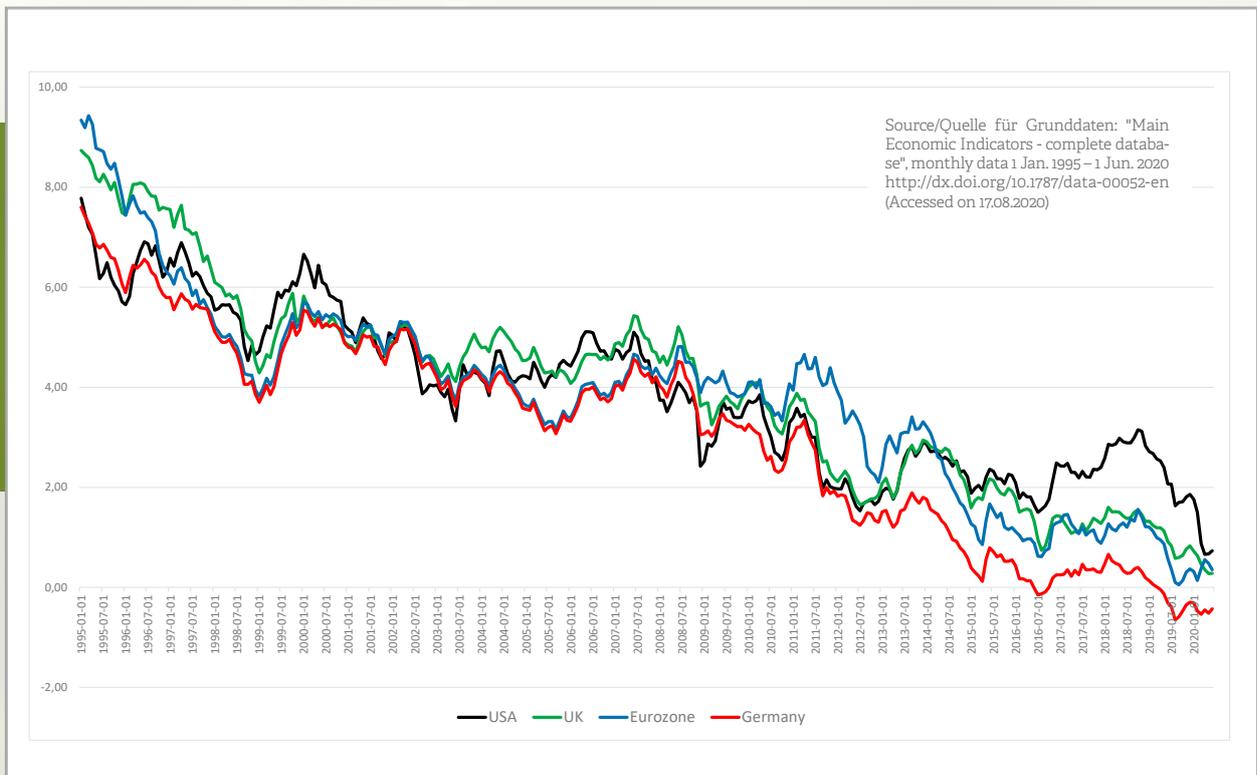


Abb. 1: Nominale Entwicklung des langfristigen Staatsanleihezinssatzes, 1995-2020 (Monatswerte), in ausgewählten OECD-Ländern: USA, UK, Eurozone, Deutschland

Figure 1: 10-Year Maturity Government Interest Rate in the US, the UK, Eurozone and Germany/10 Jahres-Zinssatz für Staatsanleihen in USA, UK, Eurozone und Deutschland

staatlich geförderten Projekten erfolgen. Zu den Sonderbarkeiten der Corona-Wirtschaftskrise gehört, dass die USA erstmals seit 1945 nicht als Führungsmacht in einer internationalen Wirtschaftskrise sichtbar sind – die Trump-Administration führt die USA hier ins politische Abseits. Die Vereinigten Staaten dürften wegen verspäteter und fragwürdiger Epidemienpolitik gerade seitens des Weißen Hauses womöglich auch eine ernstere Corona-Wirtschaftskrise erleben als die EU27.

Im Übrigen gilt es zu verhindern, dass der im 3. Quartal in vielen Industrieländern sichtbare Wirtschaftsaufschwung durch neue Lockdowns für die Haushalte und Betriebsschließungen im Zug einer „zweiten Epidemiewelle“ beschädigt wird. Hierzu ist allerdings eine vernünftige Epidemienpolitik notwendig.

QE-Geldpolitik, Mini-Inflation und Börsenboom

Die USA, UK und die Eurozone verfolgen eine parallele geldpolitische Expansionspolitik „Quantitative Easing“ (QE) auf Basis des Ankaufs von Staatsanleihen etc. – im Grunde genommen eine groß dimensionierte expansive Offenmarktpolitik, allerdings in einem besonderen Umfeld eines sonderbar niedrigen Notenbankzinssatzes bzw. Anleihezinssatzes von nahe null. Dabei ist zusätzlich zu beachten, dass der langfristige Realzins in den USA und anderen westlichen OECD-Ländern seit den 1990er-Jahren im Trend rückläufig ist und 2019 noch rund 1% in den USA erreichte. Auch der Nominalzins fiel 2020 OECD-weit (s. Abb. 1).

Da aber der langfristige Nominalzins der USA in 2019 bei knapp 2% lag, so gilt wegen der Fisher-Formel zum Nominalzins –

Zins Realzins plus erwartete Inflationsrate –, dass die Inflationsrate (in einem Umfeld mit rationalen Erwartungen) bei etwa 1% festgeklemmt ist. Diese für die USA, UK und die Eurozone relevanten Überlegungen bedeuten, dass die Versuche der jeweiligen Zentralbanken, in der Corona-Krise die Inflationsrate Richtung Zielmarke von 2% hochzuschleusen, vorläufig scheitern werden: Denn die expansive QE-Politik setzt ja auf weiteren Ankauf von Staatsanleihen, was den Nominalzins weiter vermindert, während der Realzinssatz von Seiten der Coronaschock-bedingten schwachen Konjunktur ebenfalls unter Druck nach unten kommt. Safe-Haven-Effekte spielen in der Krise als Zinssenkungsimpuls 2020 noch eine Zusatzrolle für die USA, Deutschland und UK sowie einige andere Länder.

Zusätzliche Liquidität der Zentralbanken geht dann im Wesentlichen in die Finanz-

Der Autor

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, bdvb-Forschungsinstitut, Düsseldorf und EIIW/Universität Wuppertal, Lehrstuhl Makroökonomik, und Jean Monnet Chair, IZA Research Fellow and Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University, Washington DC. Welfens leitet das bdvb-Forschungsinstitut und gehörte Mitte 2020 zu den top 5 % der Ökonomen in der EU nach RePEc-Ranking; seine aktuellen Buchpublikationen sind *Trump global* (Heidelberg: Springer) und *Corona-Weltrezession* (Springer, 2020, im Druck)



märkte beziehungsweise treibt die Aktienkurse künstlich nach oben, was eine gewisse Überinvestition begünstigt. In jedem Fall entsteht ein großes mittelfristiges Risiko für eine nächste westliche Finanzkrise, die dann von den stark überbewerteten Aktienmärkten kommt. Da es auch Schwellenländer gibt, die der QE-Politik von USA, UK und Eurozone folgen, könnte die nächste internationale Finanzkrise dabei auch weitergehend als die von 2008/09 sein.

Ein bemerkenswerter Sonderaspekt der Corona-Krise ist, dass eine Expansion des Sektors der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) sich u. a. wegen der Notwendigkeit von mehr Home-Office-Arbeiten in vielen Branchen und Ländern ergeben hat. Diese Expansion ist häufig zu Grenzkosten von nahe null bei den Unternehmen – und den Universitäten – möglich, so dass sich faktisch der digitale Kapitalbestand pro Arbeitnehmer in 2020 erhöht hat. Das bedeutet für offene Volkswirtschaften gemäß Rybczynski-Theorem, dass die Produktion „digital-intensiver“ Güter absolut zunimmt, der anderer Güter sinkt. Da die Expansion digital- und wissensintensiver Güterproduktion mit einer verstärkten Produktdifferenzierung via IKT-Anwendungen und damit auch einer zunehmenden Preisdifferenzierung – faktisch einer sektoralen durchschnittlichen Preiserhöhung – einhergeht, kann das Samuelson-Stolper-Theorem angewendet

werden: Durch den Corona-Schock und die ausgelöste IKT-Expansion wird der relative Faktorpreis desjenigen Produktionsfaktors sich erhöhen, der in der Produktion digitaler Güter und Dienste relativ intensiv genutzt wird; das ist qualifizierte Arbeit. Also nimmt durch die Corona-Schocks auch die Einkommensungleichheit zu.

Zudem könnte die massive Corona-Rezession in Italien – und auch in Griechenland, Portugal und Spanien – und die schon seit 28. April 2020 geschwächte Bonität von Italien-Staatsanleihen bald zu einer neuen Eurokrise führen: mit Italien als Epizentrum. Die Schuldenquote Italiens

dürfte von 135 % in 2019 bis Ende 2020 auf rund 158 % ansteigen. Die am 28. April 2020 bei Fitch erfolgte Herabstufung beim Rating von Italien-Staatsanleihen hält Italien gerade noch im Investorgrad-Bereich, wie das auch schon bei Moody's der Fall ist. Nur bei S&P ist Italien noch zwei Stufen vom Verlust des Investorgrads entfernt. Mit durch Gold und Devisen zu 55 % teilbesicherte neuartige Euro-Gemeinschaftsanleihen – institutionell außerhalb der EU organisiert – sollte man diesem Mega-Risiko längst begegnen; bei Auflagen für investive Mittelverwendung. Die deutsche Ratspräsidentschaft ist hier völlig inaktiv. «



„Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften stehen am Wendepunkt“

Ende Mai stellte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit die Studie „Sozial-ökologisch ausgerichtete Konjunkturpolitik in und nach der Corona-Krise“ vor. Über die Hintergründe und Inhalte der Untersuchung sprach bdiv aktuell mit Co-Autorin Professor Dr. Claudia Kemfert.

Frau Prof. Kemfert, wie kam es dazu, dass DIW, FÖS, ifSO und IMK die vorliegende Studie für das BMU verfassten?

So wie es immer ist, wenn wir Studien erstellen: Gemeinsam mit anderen Forscherinnen und Forschern anderer Institute bewerben wir uns auf eine Ausschreibung. In diesem Fall ging es um die Erarbeitung und Bewertung einer sozial-ökologischen Konjunkturpolitik, also um die Ausgestaltung der Corona-Wirtschaftshilfen in Bezug auf die sozial-ökologische Transformation. Da sowohl das DIW als auch ifSO, IMK und FÖS umfangreiche, langjährige Forschung auf diesem Gebiet geleistet haben, haben wir die Kräfte gebündelt und ein unschlagbares Team zusammengestellt. Dieses Vorgehen hat sich im Rahmen meiner über 20-jährigen Laufbahn als Wissenschaftlerin stets bewährt, so auch dieses Mal.

Wieso ist es notwendig, Konjunkturpolitik aus der sozial-ökologischen Perspektive zu bewerten? Besteht die Gefahr, dass die Nachhaltigkeit in Vergessenheit gerät, wenn man nur auf eine rasche wirtschaftliche Gesundung schaut?

Es war schon bei der letzten Krise dringend geboten, stabilisierende Konjunkturpolitik auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit auszurichten. Schon damals haben wir im Rahmen von vielen Studien darauf hingewiesen. Doch zu dieser Zeit hat man, genau wie in den vorherigen Jahrzehnten, es leider abgelehnt – mit dem Hin-

weis: „Erst die Wirtschaft, dann das Klima.“ Mit der Konsequenz, dass wir die Klimaziele ohne die einmaligen Corona-Effekte nicht erreicht hätten und wir uns mit Emissions- und Feinstaubproblem in den Städten herumplagen, um nur zwei Beispiele zu nennen. Wenn wir diese Fehler wiederholen, werden wir die Pariser Klimaziele nicht erreichen können. Zudem besteht jetzt die einmalige Chance, der Wirtschaft durch gezielte finanzielle Unterstützung bei der Transformation hin zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu helfen. Insbesondere die deutsche Industrie leidet seit Jahren an einer Investitionsschwäche und muss dringend modernisiert werden. Durch gezielte Investitionsallianzen kann die notwendige Transformation gelingen. Sonst verlieren wir den Anschluss aufgrund langer Pfadabhängigkeiten komplett.

Welche Systematik wurde zur Bewertung konjunktureller Effekte angewendet? Was verbirgt sich hinter den vier „T“?

Eine sozial-ökologische Konjunkturpolitik muss verschiedene Kriterien und Ziele erfüllen, die sich ergänzen müssen und sich nicht gegenseitig ausschließen oder behindern dürfen. Deshalb haben wir eine Bewertungsmatrix eingesetzt, die die vier „T“ beinhaltet. Sie stehen für targeted – timely – temporary – transformative. Targeted meint dabei den konjunkturpolitischen Bedarf. Timely bezeichnet die mögliche kurzfristige Umsetzung. Tempo-

rary, dass Maßnahmen nicht dauerhaft, sondern vorübergehend ergriffen werden. Transformative, dass positive Wirkungen auf Umwelt- und Nachhaltigkeit zu beobachten sind und soziale Ungleichheiten ausgeglichen werden.

Auf welchen Gebieten sehen die AutorInnen den größten Handlungsbedarf?

Zumeist haben die Konjunkturlösungen eine rasche wirtschaftliche Erholung zum Ziel, welche die Konjunktur stabilisieren muss. Die Corona-Krise erfordert jedoch aufgrund der sozialen Ungleichheit und des bisher unzureichenden Klimaschutzes ebenso einen Anstoß hin zu einer sozial-ökologischen Transformation. Da umfangreiche Wirtschaftshilfen generiert wurden, die vor Corona undenkbar waren, muss zwangsläufig die mittel- bis langfristige Wirkung mitberücksichtigt werden. In dem Projektteam haben wir uns hervorragend ergänzt, da wir neben Konjunktur- und Sozialökonomie auch die Nachhaltigkeits- und Klimawirkungen miteinbeziehen konnten. Das eine ist vom anderen nicht zu trennen.

Die Studie schlägt einen Schutzschirm für Kommunen vor. 20 bis 40 Milliarden Euro könnte er in 2020 und 2021 umfassen. Wieso ist diese Unterstützung so wichtig?

Die Kommunen leisten in Deutschland wesentliche Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge, indem sie soziale, kulturelle und wirtschaftliche öffentliche Einrichtungen bereitstellen. In der akuten Corona-Krise müssen sie gewährleisten, dass diese Einrichtungen zuverlässig funktionieren und die Hilfsprogramme umgesetzt werden. Zudem müssen sie erhebliche Mehrleistungen im Gesundheitswesen und in der sozialen Grundsicherung erbringen. Daher ist es wichtig, dass man ihnen bei den Einnahmefällen kurzfristig finanziell hilft und die Entschuldung vorantreibt. Hinzu kommt: Die Kommunen erbringen den größten Anteil an den öffentlichen Investitionen in Deutschland und nehmen über Infrastruktur- und Gebäudeinvestitionen sowie die Organisation des ÖPNV eine wesentliche Rolle bei der ökologischen Transformation ein. Sie sind die tragende Säule einer nachhaltigen Energie- und Verkehrswende. Insofern stellt eine ausreichende Finanzausstattung eine wesentliche Bedingung für eine ökologisch sinnvolle konjunkturelle Erholungsstrategie dar.

Die AutorInnen verlangen Investitionen in die Bahn, nachhaltige Energie, den Abbau klimaschädlicher Subventionen, eine starke steuerliche CO2-Komponente und eine Reform der Entfernungspauschale. Ähnliche Forderungen gibt es seit Jahren. Warum sollte sich die Politik heute besser gegen Lobbyinteressen durchsetzen können als früher?

Die Corona-Krise hat die Welt verändert. Nichts ist mehr wie vorher. Privilegien der fossilen Industrie werden hinterfragt, nicht nur wegen der wirtschaftlichen, sondern vor allem aufgrund der Klimawirkung. Dies

ist erkennbar, da anders als vor zehn Jahren eine Abwrackprämie für Diesel und Benziner nicht gewährt wurde. Zu Recht! Die Klimakrise steht vor der Tür. Vergangene Fehler dürfen nicht wiederholt werden.

Was entgegnen Sie Kritikern, die sagen, dass Sie zu viel auf einmal verlangen und durch diese Maßnahmen die kriselnde Wirtschaft und die Konsumenten zusätzlich belasten?

Diese Argumente höre ich seit über 25 Jahren. Sie waren damals nicht richtig und sind es heute nicht. Im Gegenteil, umge-



„Die Corona-Krise hat die Welt verändert. Nichts ist mehr wie vorher.“

Foto: Thorsten Futh





Die Interviewpartnerin

Prof. Dr. Claudia Kemfert leitet seit 2004 die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und gehört seit 2016 dem Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) an. Von 2009 bis 2019 lehrte sie Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance. Zwischen 2004 und 2009 hatte sie die Professur für Umweltökonomie an der Humboldt-Universität inne. Als Gutachterin und Politikberaterin arbeitet sie in vielen Nachhaltigkeitsbeiräten und Kommissionen. Zudem ist sie Mitglied im wissenschaftlichen Beirat zahlreicher Forschungsinstitute und wirkt als Jurorin u. a. für den deutschen Studienpreis und den deutschen Umweltpreis. Sie studierte Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten von Bielefeld, Oldenburg und Stanford. Seit 2007 ist sie Mitglied im bdvb.

kehrt wird ein Schuh draus. Das Verschieben von konkreter Klimaschutzpolitik auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hat zu mehr Problemen und keinerlei Lösungen geführt. Je länger wir warten, desto teurer wird es. Klimaschutz schafft enorme Chancen, wirtschaftliche, gesellschaftliche, soziale. Kluge sozial-ökologische Konjunkturpolitik ist keine Be-, sondern eine Entlastung. Wir können es uns in jeglicher Hinsicht nicht mehr leisten, Nachhaltigkeit und Klimaschutz auf die lange Bank zu schieben. Wer dies immer noch nicht erkannt hat, ist nicht auf der Höhe der Zeit. Ich wünsche mir von der Wirtschaft kluge, ökologische, soziale, klimaschonende Lösungen. Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit.

Europa scheint zerstrittener denn je. Doch Klimaschutz wirkt nur, wenn alle mitmachen. Sind wir als reichstes Land

der EU verpflichtet, mit gutem Beispiel voranzugehen? Geht die Studie auch auf die europäische Perspektive ein?

Unsere aktuelle Studie zum EU Green Deal zusammen mit der TU Berlin geht genau darauf ein. Fakt ist, dass Deutschland im Vergleich zu anderen EU Ländern mit dem Kohleausstieg spät dran ist. Nur einige osteuropäische Länder wie Polen sind noch langsamer. Die Atomenergie ist teuer und riskant. Eine klimafreundliche Lösung basiert zu 100 Prozent auf erneuerbaren Energien. Sie ist technisch machbar, ökonomisch effizient und wohlstandssteigernd. Sie ist dezentral, lässt niemanden zurück, ist sauber, bezahlbar und friedlich. Somit erfüllt sie alle Ziele des EU Green Deal. In der Studie zeigen wir deutlich, dass mit den entsprechenden umfassenden Investitionen enorme wirtschaftliche Chancen wie Jobs und Wertschöpfung geschaffen werden und zudem enorme Importkosten, Klima- und Umweltschäden vermieden werden. Eine Win-win-Strategie. Ich hoffe sehr, dass der EU Green Deal so schnell wie möglich umgesetzt wird.

Was ist Ihre Einschätzung? Müssen wir unsere Konsumgewohnheiten verändern und auf liebgewonnenen Luxus verzichten, wenn uns die Zukunft wichtig ist?

Einen angeblich ach so erstrebenswerten Wohlstand, der auf fossilen Energien, auf der Ausbeutung des Planeten und der Umwelt zu Lasten zukünftiger Generationen basiert, ist in Wahrheit keiner. Ja, auf klimazerstörenden Konsum muss verzichtet werden, und zwar sofort! Auf Umwelt- und Klimazerstörung muss komplett verzichtet werden, so gewinnen wir an echtem Wohlstand: durch eine bessere Gesundheit, saubere Luft und sauberes Wasser sowie den Zugang zu sauberer Energie. Das ist wahrer Luxus. Für alle.

Sie gehören zu den prominentesten Fürsprechern der Initiative ECON4Future. Wie könnten Sie sich eine Reform des Curriculums konkret vorstellen – und wie beurteilen Sie die Erfolgchancen des Projekts?

Die Wirtschaft steht an einem Wendepunkt, so auch die Wirtschaftswissenschaften. So sind veraltete und rückwärts-gewandte Theorien immer noch in An-

wendung. Dies verhindert, dass wir der Komplexität der heutigen Krisen gerecht werden und angemessene Antworten auf die Klimakrise finden. Das vorherrschende Narrativ „Erst Wirtschaft, dann Umwelt“ ist ein Resultat einer solchen Engführung. Hierbei werden beispielsweise ökonomische Risiken der fossilen Wirtschaft negiert und die wirtschaftlichen Chancen einer ökologisch-sozialen Transformation verkannt. Doch schon heute gibt es durchaus interessante Ansätze und ökonomische Perspektiven, die es besser machen. Darüber sollten wir forschen, veröffentlichen, reden und diskutieren! Wir brauchen mehr Grundlagenforschung, die sich einerseits mit den fundamentalen Problemen der Wirtschaft befasst und andererseits den Menschen und Politikern mehr anwendungsorientierte Lösungen liefert, die verständlich und umsetzbar sind. Jede wirtschaftswissenschaftliche Lehre sollte sich mit Nachhaltigkeit, Klimaschutz und pluralistischen Ansätzen befassen. Wir stehen an einem Wendepunkt der Zeit, auch und gerade für Ökonomen. Dies ist überfällig und hat zum ersten Mal seit über 20 Jahren endlich eine echte Chance auf Umsetzung.

Frau Professor Kemfert, herzlichen Dank für dieses Interview!

Die vollständige Studie „Sozial-ökologisch ausgerichtete Konjunkturpolitik in und nach der Corona-Krise“ steht im Servicebereich der Internetpräsenz des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit unter „Downloads“ zum Herunterladen bereit. «

Der Interviewpartner

Der Wirtschaftsethiker Professor Dr. Michael Abländer unterrichtet an der Professur für Sozialwissenschaften des Internationalen Hochschulinstituts Zittau der TU Dresden. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Fragen der Unternehmens- und Wirtschaftsethik, theoretische Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft, Generationengerechtigkeit sowie Theoriengeschichte der politischen Ökonomie. Zuvor wirkte er u. a. als Leiter der Geschäftsstelle des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik (DNWE) und hatte die Stiftungsprofessur für Wirtschafts- und Unternehmensethik an der Universität Kassel inne.

„Staatliche Eingriffe ins Freiheitsrecht sind immer nur die Ultima Ratio“

Die Einschränkungen der Bürgerrechte während der Corona-Krise sind ohne Beispiel in der bundesdeutschen Geschichte. Nie zuvor hat eine Bundesregierung in ähnlichem Maße in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger eingegriffen. Darf sie das? Wieso sind Freiheitsrechte so wichtig? Und was hat der liberale Ökonom John Stuart Mill damit zu tun? Das und mehr hat bdvb aktuell mit Professor Dr. Michael Abländer von der TU Dresden besprochen.

Herr Abländer, Lockdown, Maskenpflicht, Tests für Reiserückkehrer – der Staat greift massiv in Wirtschaftsleben und Privatsphäre ein. Sie haben kürzlich untersucht, was John Stuart Mill wohl dazu gesagt hätte. Warum Mill?

John Stuart Mill stellt in der Debatte um Freiheitsrechte einen wichtigen Referenzpunkt dar. Er gilt als einer der Begründer des aufgeklärten, bürgerlichen Liberalismus. Wie kaum ein anderer ist er für den Schutz bürgerlicher Freiheitsrechte eingetreten. Als Mitglied des britischen Parlaments hat er sich sogar klar dagegen positioniert, staatlichen Zwang zum Zwecke des Infektionsschutzes auszuüben. In einer Debatte über einen Gesetzesentwurf zur Eindämmung von Geschlechtskrankheiten hat er vehement den Vorrang individueller Verantwortung vor staatlicher Bevormundung gefordert.

Die Parallele zu Corona ist unverkennbar. Gibt es für Mill denn überhaupt Situationen, in denen der Staat Freiheitsrechte einschränken darf?

Für Mill ist der Staat ein Organ, das mit seinen Entscheidungen stets der Gesellschaft zu dienen hat. Eine Beschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte ist für ihn nur als Ultima Ratio denkbar. Etwa, wenn die Schwächsten geschützt werden müssen oder wenn es darum geht, Chancengleichheit in Bildungsfragen herzustellen.

Mill unterscheidet drei Szenarien: Erstens braucht es Regeln, die dem Schutz des Einzelnen dienen und ihn vor einer Schädigung durch Dritte bewahren. Zweitens hat der Staat das Recht, Freiheitsrechte einzuschränken, um die Erbringung von Leistungen zu garantieren, die für die Gesellschaft wichtig sind. Jemand, auf dessen Leistung die Gemeinschaft einen Anspruch hat, kann sich nicht auf seine Freiheitsrechte berufen. Ein klassisches Beispiel für einen solchen Anspruch sind Steuern. Wer diese nicht zahlt, schädigt durch seine „Unterlassung“ die anderen. Und drittens darf der Staat bürgerliche Freiheiten beschneiden, wenn einzelne Bürger oder die Gesellschaft sich nicht als mündig erweisen. Also: Natürlich darf der Staat Freiheitsrechte beschneiden. Natürlich brauchen wir Regeln und Gesetze, die das Miteinander regeln, und Eingriffe, die Strukturen garantieren, in denen sich jede und jeder frei entfalten kann.

Wieso müssen wir uns überhaupt intensiv mit dem Thema befassen, ob der Staat in Freiheitsrechte eingreifen darf? Ist nicht davon auszugehen, dass wir mit der Verfügbarkeit eines Impfstoffes zum Status quo ante zurückkehren?

Ich glaube nicht, dass es so einfach wird. Die Corona-Krise wird uns nachhaltig beschäftigen – selbst, wenn wir einen Impfstoff haben. Denn dann stellen sich automatisch neue Fragen. Etwa

nach der Verteilung und wer zuerst geimpft wird. Immerhin sprechen wir über 80 Millionen Impfungen. Innerhalb der EU und auf globaler Ebene sollte das ebenfalls diskutiert werden: Bedienen sich zuerst die Industrieländer? Kommt es dann zu Migrationsbewegungen aus Ländern, in denen Corona weiterhin ein hohes Risiko zu sterben darstellt? Eine weitere Frage lautet: Wie gehen wir mit Impfgegnern um? Darf man im Sinne des Gesundheitsschutzes in ihre Freiheitsrechte eingreifen? Und nicht zuletzt müssen wir über Corona hinausdenken: Wenn es schon einmal Lockdowns und Einschränkungen der Bürgerrechte gegeben hat, ist dann zu befürchten, dass die Hemmschwelle, zu solch drastischen Maßnahmen zu greifen, sinkt? Dass bei einer schweren Grippe-Wellen zu ähnlichen Mitteln gegriffen wird, weil wir mit den Corona-Lockdowns einen Präzedenzfall geschaffen haben? All das sind substantielle Fragen, die man nicht vernachlässigen sollte.

Sie haben vom mündigen Bürger gesprochen. Ist das nicht ein ziemlich idealistisches Bild? Immerhin regeln wir auch den Straßenverkehr mit Ge- und Verboten, sogar mit Sanktionen ...

Natürlich ist es ein idealistisches Menschenbild. Aber gerade deshalb war die Freiheit für Mill so wichtig. Denn nur wenn Meinungsfreiheit garantiert ist, stehen unterschiedliche Vorstellungen in Konkurrenz. Schließlich kann man selbst von der abstruesten Meinung etwas lernen, weil sie einen dazu zwingt, die eigenen Argumente zu schärfen. Ähnliches gilt für die Forschung: Auch hier dient Freiheit dem Wettbewerb der Ideen. Nur durch Freiheit kommen wir zu einer besseren Gesetzgebung und Wissenschaft – und damit letztlich zu aufgeklärteren und mündigeren Bürgern. Nur durch Freiheit entsteht ein deliberativer Diskussions- und Willensbildungsprozess. Und letztlich werden die Regeln der Gesellschaft nur im freien Diskurs konsensfähig.

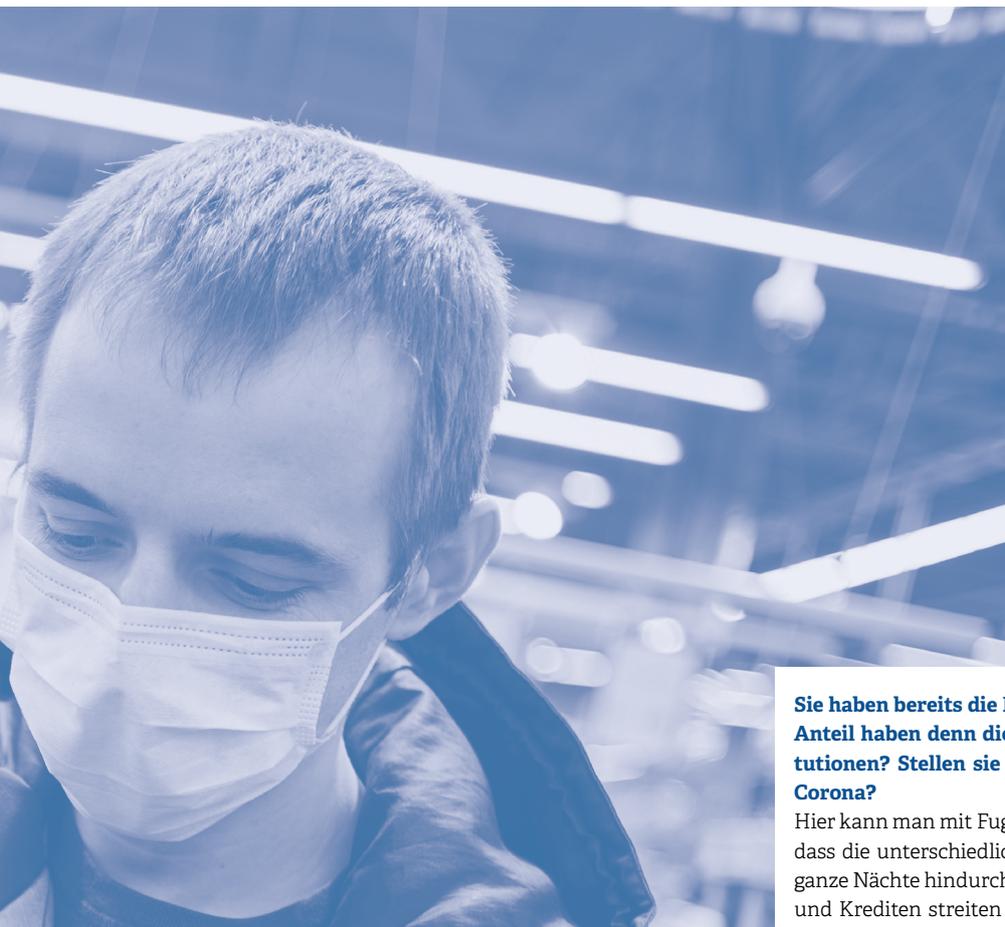
Trotzdem: Viele Menschen feiern und demonstrieren ohne Abstandsregeln. Die einen, weil ihnen Corona egal ist, die anderen, weil sie Regierung und Wissenschaft misstrauen. Wo bleibt da die Mündigkeit?

Selbst aus der Perspektive Mills ist das eine ganz schwierige Frage. Grundsätzlich sollte der Einzelne die Befriedigung seiner individuellen Wünsche hinter den Schutz der Allgemeinheit stellen. Feierwütige auf Mallorca handeln hedonistisch. Das ist inakzeptabel, ergo unmündig. Aber ist es weniger hedonistisch und damit akzeptabler, auf sein „Recht“ auf Reisen zu pochen? Es ist schwer, hier eine klare Grenze zu ziehen, wo der legitime Anspruch endet. Was die Demonstrationsrechte angeht, bin ich extrem gespalten. Hier handelt es sich um das elementare Recht auf politische Teilhabe. Eine Demonstration oder Meinungsäußerung zu beschneiden, ist ein schwerwiegender Eingriff. Die Gefahr besteht, dass man eine lebendige Protestkultur unterbindet. Natürlich sind die Meinungen, die auf den so genannten Hygienedemos geäußert werden, zutiefst verstörend für die Mehrheit der Bevölkerung. Und natürlich nutzen Extremisten Corona als Plattform. Das alles ist schräg, falsch und politisch gefährlich. Erschwerend kommt hinzu, dass es den Teilnehmern oft nicht um Debatte geht, sondern um radikale Ablehnung, um Widerstand. Ich denke aber, wenn man John Stuart Mill nach seiner Meinung fragen würde, würde er verlangen, diesen Diskurs wieder in die demo-

kratischen Organe zu tragen, um den Protest innerhalb der demokratischen Institutionen abbilden zu können.

An die Stelle solch demokratischer Institutionen sind heute allerdings – so scheint es – soziale Medien getreten. Wie gut können gewohnte Mechanismen angesichts virtueller Blasen noch funktionieren?

Soziale Medien, Protestkultur und Nicht-Regierungs-Organisationen befinden sich außerhalb von Mills Vorstellungswelt. Er ist weit von dem entfernt, was wir heute Zivilgesellschaft nennen.



Trotzdem denke ich, Meinungsfreiheit beinhaltet das Spiegeln anderer Meinungen. Auf der einen Seite kann es nicht sein, dass sich manche gegenseitig in ihren Verschwörungsmythen bestätigen, ohne sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen. Auf der anderen Seite aber darf die Mehrheitsgesellschaft Minderheitsmeinungen ebenso wenig pauschal als Idiotie abtun, ohne den Versuch einer offenen Diskussion unternommen zu haben. Mill würde hier verlangen, alle Ideen diskursiv zu prüfen und für eine Konkurrenz der Meinungen zu sorgen, im Licht der Öffentlichkeit, nicht versteckt auf irgendwelchen Plattformen. Den traditionellen Medien kommt in diesem Prozess große Bedeutung zu: Sie müssen recherchieren, unvoreingenommen bleiben, ihre Worte mit Bedacht wählen und eine neutrale Plattform zur direkten Auseinandersetzung der Ideen bieten. Nur so können wir verhindern, dass wir den Teil der kritischen und zweifelnden Bevölkerung, der eigentlich noch für einen gesellschaftlichen Diskurs zu gewinnen wäre, an die Verschwörungsmystiker verlieren.

Erleben wir die Nagelprobe, ob unsere Gesellschaft mündig genug ist?

Ja, das ist schon eine Art Lackmus-Test. Sind wir nachhaltig in der Lage, der Situation entsprechend mit den notwendigen Maßnahmen umzugehen? Oder ignorieren wir die Maßnahmen, weil wir Egoisten sind, denen das Wohlergehen der anderen egal ist? Das wird sich noch zeigen. Eine andere Frage ist, inwieweit wir fähig sind, zu einem breiten Konsens zu gelangen – ähnlich den Regeln im Straßenverkehr, die wir hin und wieder ignorieren, die aber niemand ernsthaft in Frage stellt. Gewissermaßen ist das auch das Grundproblem bei John Stuart Mill. Er verlangt, dass sich alle beteiligen, dass alle diskutieren und zustimmen, dem Konsens zu folgen. Doch was ist, wenn es hierzu keine Bereitschaft gibt? Dann stößt das demokratische System an seine Grenzen.

Sie haben bereits die Rolle der Medien angesprochen. Welchen Anteil haben denn die staatlichen und suprastaatlichen Institutionen? Stellen sie die richtigen Weichen für die Zeit nach Corona?

Hier kann man mit Fug und Recht Kritik üben. Auffällig ist schon, dass die unterschiedlichen Lager in der EU leidenschaftlich und ganze Nächte hindurch über das Verhältnis von Wirtschaftshilfen und Krediten streiten können. Was ich aber nicht vernehme, ist eine Diskussion über eine gemeinsame europäische Gesundheitspolitik und gemeinsame Institutionen für den Gesundheitsschutz. Dabei wäre das doch ein Thema, das in einem direkten Zusammenhang mit Corona steht und im Sinne der Vorsorge künftige Krisen verhindern helfen könnte! Welche Wirtschaftshilfen Italien erhält, scheint aber wichtiger als die Frage, wie man das Gesundheitswesen in Italien optimal unterstützen kann. Ähnlich verhält es sich mit der Rechtsstaatlichkeit: Natürlich müssen Ungarn und Polen eine Pressefreiheit im Sinne der EU sicherstellen. Aber das hat wenig mit Corona zu tun – trotzdem entstand der Eindruck, man wolle beide Themen miteinander verquicken. Es geht allzu oft eher um Machtfragen und Bestandswahrung, Corona ist nur ein Vehikel. Das halte ich für sehr problematisch.

Eine abschließende Frage an den Wirtschaftsethiker: Jeder Krise wohnt etwas Gutes inne. Können und werden wir die Krise nutzen, um Missstände zu beseitigen – etwa die Zustände in Schlachthöfen oder die soziale Schieflage im Bildungssystem?

Da bin ich eher Pessimist. Diese Probleme sind – ähnlich wie die viel zitierten Defizite und die Unterbezahlung im Pflegebereich übrigens – durch Corona zwar ersichtlich geworden. Die politischen Weichenstellungen haben jedoch viel früher und an anderen Orten stattgefunden. Ich denke nicht, dass man jetzt Hygienestandards in Schlachthöfen wirklich verbessern oder die Leiharbeitsthematik wirklich nachhaltig mit gesetzlichen Neuerungen angehen wird. Ebenso wenig realistisch wäre es zu glauben, dass das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf europäischer Ebene angetastet wird. Die Tarifverträge von Krankenschwestern werden sich vermutlich ebenfalls nicht großartig zum Besseren verändern – daran glaube ich einfach nicht. Auch wenn all diese Maßnahmen sehr sinnvoll und klug wären.

Herr Abländer, herzlichen Dank für dieses Interview!

«

Die Autorin

Dr. Fritzi Köhler-Geib, seit 11.2019 Chefvolkswirtin der KfW, hat über 17 Jahre Erfahrung bei der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und im Finanzsektor, davon zuletzt seit 2017 als Chefvolkswirtin für Zentralamerika bei der Weltbank. Regionale Schwerpunkte ihrer wirtschaftspolitischen Beratungstätigkeit und volkswirtschaftlichen Forschung liegen in Deutschland, Europa, Lateinamerika, Asien und Afrika.

Nachhaltig aus der Krise –

Corona überwinden, Wirtschaft neu erfinden

In unserer erfolgreichen Veranstaltungsreihe *bdvblounge.digital* stellte Dr. Fritzi Köhler-Geib die Idee vor, dass die Corona-Krise auch ein Katalysator sein kann für ein nachhaltigeres Wirtschaften danach. Sie skizzierte fünf Handlungsfelder, die aus ihrer Sicht für eine bewusste Weichenstellung hin zu einem nachhaltigeren Wirtschaften entscheidend sind: Krisenfestigkeit stärken; Klimaneutralität vorantreiben; Erfindergeist und Digitalisierungsschub in Produktivitätssteigerungen übersetzen; Vorteile internationaler Vernetzung weiter nutzen und Nationalisierung von Wertschöpfungsketten vermeiden; Europa stärken.



Die Corona-Pandemie bedeutet einen tiefen Einschnitt. Das liegt an ihren menschlichen Auswirkungen und auch an den wirtschaftlichen Kosten. Weltweit erleben wir eine historische Rezession. Das Coronavirus hat sich in kurzer Zeit auf dem ganzen Globus verbreitet und die Ökonomien auf allen Erdteilen mit Wucht getroffen. In Deutschland und Europa ist die Eindämmung der ersten Pandemiewelle zwar geglückt und das 2. Quartal markiert mit einem Einbruch von -9,7 % bzw. -11,8 % Quartal auf Quartal vermutlich die konjunkturelle Talsohle. Überwunden ist die Krise damit allerdings noch nicht. International ist das Infektionsgeschehen weiter hoch und Vorsichtsmaßnahmen bleiben auf unbestimmte Zeit nötig, um das Risiko einer zweiten Infektionswelle zu begrenzen. Nach der Verarbeitung des ersten Schocks kommt es nun verstärkt auf Anpassungsfähigkeit und Durchhaltevermögen an, um einen guten Weg aus der Krise zu finden.

Die Krise bringt gleichzeitig viel in Bewegung – und darin liegt die Möglichkeit für Veränderung. Menschen erleben Ängste und Sorgen, Unternehmen sind mit Umsatzeinbrüchen konfrontiert. Im Unternehmenssektor sehen wir notgedrungene Anpassungsmaßnahmen. So hatten bereits im April 43 % der mittelständischen Unternehmen ihre Angebotspalette, ihren Vertrieb oder ihr Geschäftsmodell aufgrund der Corona-Krise angepasst. Zählt man auch die Unternehmen hinzu, die dies noch planen, beträgt dieser Wert sogar 57 %. Vorreiter sind dabei die von der Krise besonders betroffenen Unternehmen sowie Unternehmen, die bereits in der Vergangenheit erfolgreich Innovationen hervorgebracht haben. Dies unterstreicht, dass die Fähigkeit, Innovationen zu entwickeln, auch wesentlich zur Krisenresilienz der Wirtschaft beiträgt. Die tiefen Gefühlslagen zusammen mit den erzwungenen Veränderungen eröffnen die Möglichkeit zu Veränderung, denn einschneidende Ereignisse bewirken, dass etablierte Ansichten und Herangehensweisen hinterfragt und neu bewertet werden.

Diese Veränderung erfordert allerdings eine bewusste Gestaltung in fünf Handlungsfeldern, so dass sie zu einem nachhaltigeren Wirtschaften nach der Krise führen kann.

Grundsätzlich ist Deutschland bislang vergleichsweise gut durch die Corona-Krise gekommen. Das liegt daran, dass staatliche und private Akteure das erste Handlungsfeld, die Krisenfestigkeit, bereits mit bedenken. Es zeigt sich allerdings auch: Krisenvorsorge gibt es nicht umsonst. Krisenfestigkeit, Wachstum und Ressourceneffizienz stehen immer in einem Spannungsfeld. Deshalb muss Krisenfestigkeit auch in den anderen vier Handlungsfeldern mitbedacht werden.

Zweitens muss die Möglichkeit ergriffen werden, öffentliche Mittel zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung dort einzusetzen, wo sie auch zur Erreichung der Klimaneutralität beitragen. Wachstum und Klimaneutralität schließen sich nicht aus, beides kann und muss gleichzeitig gefördert werden. Ansatzpunkte gibt es in mehreren Bereichen: Im Verkehrssektor bieten sich eine höhere Marktdurchdringung bei Elektromobilität und der Ausbau der nötigen Ladeinfrastruktur an. Denn bereits heute haben die meisten Elektromotoren gegenüber Verbrennern einen Vorteil beim CO₂-Ausstoß über den Lebenszyklus eines Autos. Ein frühzeitiger Einstieg in die grüne Wasserstoffwirtschaft kann einen substantziellen Beitrag zur Dekarbonisierung der Industrie leisten und zukünftige Exportpotenziale für deutsche Anlagentechnologien erschließen. Beim Gebäudesektor lohnt sich der Blick auf den Nichtwohngebäudebereich. Zwar fällt nur jedes siebte Gebäude in diese Kategorie, allerdings verantworten sie fast die Hälfte aller Treibhausgasemissionen. Last but not least macht der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien die Energieversorgung krisenfester und sichert Arbeitsplätze in der heimischen Erneuerbare-Energien-Industrie. Gleichzeitig trägt er dazu bei, dass ausreichend „Grüne Energie“ für die Elektromobilität produziert wird.

19.11.2020, 18:00, Berlin

4. Berliner Podium zum SVR-Gutachten

u.a. mit Friederike Köhler-Geib, siehe Seite 53

Allerdings ist ein zentrales Thema mit Blick auf die Anreize hin zu mehr Klimaneutralität die CO₂-Bepreisung, da diese Lenkwirkung bei möglichst geringer Marktverzerrung ermöglicht. Angesichts stark gesunkener Preise für fossile Energieträger im Zuge der Corona-Krise können Kostennachteile klimafreundlicher Technologien durch eine möglichst umfassende CO₂-Bepreisung kompensiert werden. Ein Beispiel für diesen Ansatz ist die Einführung eines nationalen Brennstoff-CO₂-Emissionshandelssystems für die Sektoren Wärme und Verkehr ab 2021. Das ist eine wichtige Stellschraube mit Blick auf die Rahmenbedingungen der Erholung.

Drittens muss der Erfindergeist, den die Krise in vielen Unternehmen notgedrungen geweckt hat, in Produktivitätssteigerungen nach der Krise übersetzt werden. In einer alternden Gesellschaft gibt es keine andere nachhaltige Quelle des Wohlstands. Großer Bedarf besteht in digitaler Infrastruktur und Aus- und Weiterbildung. Hier sind die Investitionen von Kommunen und Ländern für Breitband- und Mobilfunknetze (5G) wesentlich. In besonderem Maß treiben zudem Gründungen von technologiebasierten Start-

ups den strukturellen Wandel hin zu neuen Technologiefeldern voran. Adäquate Finanzierungsangebote hierfür müssen bereitgestellt werden.

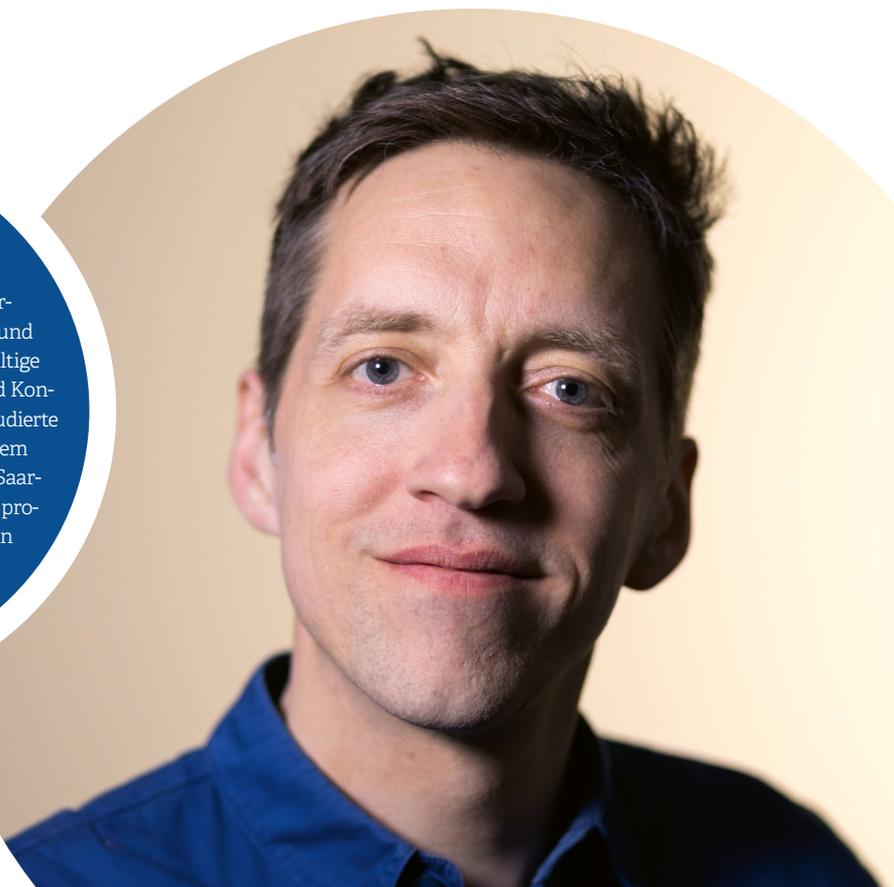
Viertens sind vernetzte und stabile außenwirtschaftliche Beziehungen essentiell für Deutschland. Engpässe bei der Versorgung mit Arzneimitteln und Medizintechnik sowie Produktionsstörungen wegen fehlender Zulieferteile aus dem Ausland haben zu Forderungen nach einer Nationalisierung von Wertschöpfungsketten geführt. Die Abkehr von internationaler Arbeitsteilung und Außenhandel bedeutet aber große Wohlstandsverluste: Das reale Einkommen je Einwohner würde um mindestens 22 % sinken. Bezüglich der Versorgungssicherheit wären etwa strategische Reserven für ausgewählte Güter eine Alternative. Mit Blick auf den Außenhandel könnte gerade kleineren Unternehmen eine Unterstützung bei der Erschließung und Finanzierung zusätzli-

cher Beschaffungs- oder Absatzmärkte helfen. Denn bisher haben die meisten Mittelständler aufgrund der hohen Markterschließungskosten nur Beziehungen zu wenigen Märkten, von denen sie entsprechend abhängig sind. Digitale Lösungen wie Plattformen können hier eine Lösung bieten.

Fünftens liegt die Unterstützung für ein stabiles Europa im Eigeninteresse Deutschlands. Nur in einer starken EU können wir unseren Wohlstand wahren und zusammen mit den europäischen Partnern globale Herausforderungen angehen. Vor allem bei Themen wie Klimaneutralität, Produktivitätssteigerungen oder Zukunftstechnologien wird Deutschland nur als Teil Europas weiterkommen. Ein europäischer Wiederaufbaufonds kann wie ein Wachstums- und Investitionsprogramm für Deutschland der Hebel sein, die strukturellen Herausforderungen anzugehen. «

Der Interviewpartner

Dr. Christian Lautermann ist seit 2018 Forschungsfeldleiter „Unternehmensführung und Konsum“ und Themenkoordinator „Nachhaltige Unternehmensführung“ sowie „Produkte und Konsum“ am IÖW, Berlin. Der Diplom-Ökonom studierte Wirtschaftswissenschaften mit ökologischem Schwerpunkt und Sozialwissenschaften in Saarbrücken, Oldenburg und Siena (Italien) und promovierte in Wirtschaftswissenschaften an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.



„Immer mehr Unternehmen nehmen Nachhaltigkeit ernst.“

Nachhaltigkeitsberichte gehören in der Unternehmenskommunikation zum guten Ton. Für viele Firmen sind sie Pflicht. Ihre Qualität beurteilt ein Ranking des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und der Mittelstandsorganisation future. bdvb aktuell sprach mit Dr. Christian Lautermann, Forschungsfeldleiter „Unternehmensführung und Konsum“ am IÖW.

Herr Lautermann, seit 1994 führen IÖW und future das „Ranking Nachhaltigkeitsberichte“ durch. Wie kam es dazu?

Bereits in den 1990ern fiel auf, dass als „dreckig“ kritisierte Unternehmen schön bebilderte Berichte veröffentlichten. In diese Zeit fiel auch die Einführung von Normen für das betriebliche Umweltmanagement, etwa der EMAS Verordnung von 1993 und der internationalen Umweltmanagementnorm ISO 14001 von 1996. Es stellte sich die Frage nach Mindestanforderungen an solche Berichte hinsichtlich der Faktenbasis und der Form der Kommunikation. Ein Projekt nahm sich dieses Themas an, gefördert von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Aus diesem Projekt ist unser Ranking hervorgegangen. Es ist meines Wissens das einzige Ranking, das die Anforderungen einer unabhängigen, wissenschaftlich fundierten, kriterienbasierten, umfassenden und transparenten Bewertung der Nachhaltigkeitsberichte erfüllt.

Nachhaltigkeit ist heute in aller Munde. Das war nicht immer so. Was hat sich Ihrer Meinung nach seit den 1990ern verändert?

Ja, der Begriff ist in der öffentlichen Diskussion wesentlich präsenter. Das liegt etwa daran, dass Themen wie Klimawandel, Öko-

und Sozialstandards, Kreislaufwirtschaft und selbst Biodiversität es zunehmend in das öffentliche und politische Bewusstsein schaffen. Aber leider ist gleichzeitig festzustellen, dass der Begriff häufig missbräuchlich verwendet wird – etwa, wenn Politiker von „nachhaltigem Wirtschaftswachstum“ sprechen. In der Fachdiskussion ist man sich im Prinzip einig, dass stetiges Wirtschaftswachstum, und sei es „grünes“ Wachstum, angesichts absoluter „planetarer Grenzen“ mit dem Ziel globaler Nachhaltigkeit nicht zu vereinbaren ist.

Zunächst wurde unter Nachhaltigkeit vor allem Umweltschutz verstanden. Inzwischen hat sich der Fokus geweitet, Stichwort Corporate Social Responsibility ...

Der Nachhaltigkeits- und der CSR-Begriff entstammen historisch betrachtet zwei unterschiedlichen Diskurssträngen. Seit etwa zwei Jahrzehnten sind beide allerdings eng miteinander verwoben, die Begrifflichkeiten kommen teils synonym zum Einsatz. Ich bin hier der Meinung, dass man genau unterscheiden sollte. CSR steht als Sammelbegriff für viele Verantwortungsbereiche. Arbeitnehmerrechte gehören dazu, ebenso Themen aus den Be-

reichen Umwelt, Gesellschaft und Politik, Menschenrechte und Anti-Korruption. Nachhaltigkeit im Sinne einer im globalen Maßstab dauerhaft tragfähigen Entwicklung unserer Ökonomie dagegen ist ein normatives Konzept, das eine Richtung vorgibt. Das Ziel ist, dass wir in 50, 100 oder 200 Jahren noch eine lebenswerte Umwelt vorfinden. Und eine Zivilisation, die diesen Namen verdient.

In der EU müssen große Kapitalgesellschaften und Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit 2017 einen CSR-Bericht herausgeben. Hat das etwas verändert?

Generell ist ein Vorteil der Berichtspflicht, dass Unternehmen, die bislang keine Informationen zur Nachhaltigkeit veröffentlichen wollten, nun in den Wettbewerb um eine transparente, glaubwürdige Berichterstattung hineinwachsen. Man darf hoffen, dass damit eine Verbesserung hinsichtlich der Umwelt- und Sozialleistung einkehrt. Zwar haben wir in den Veröffentlichungen, die unmittelbar auf die CSR-Richtlinie folgten, nur punktuelle Veränderungen gefunden – etwa, wenn ein Unternehmen die Berichtspflicht zum Anlass nahm, ein Nachhaltigkeitsmanagement einzuführen. Doch persönliche Gespräche mit Unternehmensvertretern legen nahe, dass die Richtlinie durchaus zu einer erhöhten Aufmerksamkeit bei Vorständen und Aufsichtsräten geführt hat. Ob das Engagement deshalb über die reine Pflichterfüllung hinausgeht und in einer gesteigerten Verantwortung für Umwelt, Menschenrechte, Arbeitnehmerbelange etc. mündet, ist noch nicht klar. In diesem Zusammenhang wird die anstehende Novellierung der CSR-Richtlinie möglicherweise zusätzliche Wirkung entfalten.

Beobachten Sie bei den Nachhaltigkeitsberichten Unterschiede zwischen einzelnen Branchen?

Ja, durchaus. Die Ergebnisse unseres Rankings zeigen, dass eher „schmutzige“ Branchen wie Automobil oder Chemie besonders gute Berichte veröffentlichen. Von meinen Vorgängern weiß ich, dass wir schon einmal Kritik einstecken mussten, weil die Berichte von Unternehmen wie etwa BMW wiederholt auf dem ersten Platz landeten. Die Kritik mag, etwa aus ökologischen Gründen, berechtigt sein, aber wir bewerten nicht die CO₂-Bilanz von Unternehmen, sondern die kommunikative Qualität der Berichte nach Maßstäben wie Transparenz, Vollständigkeit und Glaubwürdigkeit.

Gibt es Unterschiede in Relation zur Größe der Unternehmen? Gehen DAX-Konzerne anders mit dem Thema um als mittelständische Betriebe?

Das tun sie. Sie haben meist auch wesentlich mehr Ressourcen zur Verfügung. Aber insbesondere die Öko-Pioniere des Mittelstandes, die regelmäßig die Spitzenplätze unseres KMU-Rankings belegen, zeigen: Hervorragende Nachhaltigkeitsberichte sind auch mit geringeren Kapazitäten möglich. Ein wesentlicher Grund dafür liegt in der Ernsthaftigkeit und Zielstrebigkeit, mit der diese Unternehmen das Thema in allen Unternehmensbereichen verankern.

Wer kontrolliert eigentlich die Angaben in Nachhaltigkeitsberichten?

Dafür sind Wirtschaftsprüfungsunternehmen zuständig. Sie prüfen die Angaben sowohl für freiwillige Berichte nach den Standards der Global Reporting Initiative (GRI) als auch für die verpflichtenden nicht finanziellen Berichte und Erklärungen im Rahmen der CSR-Berichtspflicht. Leider ist die bestehende Prüfungspraxis noch unzulänglich: Bei einer freiwilligen Berichterstattung nach GRI ist eine Prüfung nur empfohlen, nicht vorgeschrieben. Hinzu kommt, dass in die externe Prüfung nicht alle Berichtsinhalte einfließen. Die Unternehmen legen die zu berücksichtigenden Inhalte in Eigenregie fest. Bei der CSR-Berichtspflicht bestehen ebenfalls gewisse Freiräume. Dazu zählt insbesondere die Wahlmöglichkeit zwischen den Prüfungsleveln „limited assurance“ und „reasonable assurance“.

Sie analysieren seit Jahren Nachhaltigkeitsberichte. Wie ernst nehmen die Unternehmen das Thema wirklich? Wie viel „Greenwashing“ ist im Spiel?

Das lässt sich nicht pauschal beantworten. Sicherlich nehmen immer mehr Unternehmen das Thema ernst. Gemessen an der Zahl



der noch nicht berichtenden Unternehmen steht aber ebenso fest, dass es noch Luft nach oben gibt. Greenwashing ist im Berichtswesen dagegen weniger anzutreffen, weil die Leserschaft ein professionelles Interesse hat. Sie besteht etwa aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Forschung und in Zukunft zunehmend Finanzmarktakteuren. Hier lässt sich durch das bewusste Schönreden der Realität kein Effekt erzielen, der mit dem einer blumigen, verschleiernenden Werbesprache aus der Kundenkommunikation vergleichbar wäre.

Welcher Methodik folgen Sie bei der Bewertung von Nachhaltigkeitsberichten? Und welche Unternehmen haben in den vergangenen Jahren warum gewonnen?

Die Methodik lässt sich leider nicht in wenigen Zeilen erklären. Wir haben sie über zehn Rankings stetig weiterentwickelt – und der Bericht zu unserem letzten Ranking für das Jahr 2018 umfasst immerhin 120 Seiten. Er ist im Internet frei verfügbar und listet alle Kriterien und Detailanforderungen auf. Im Bereich Großunternehmen haben dort REWE, BMW und Deutsche Telekom am besten abgeschnitten. Bei den KMUs waren es der Sportartikel-Hersteller Vaude, das Bio-Unternehmen Lebensbaum und der Versandhändler Memo. Sie alle werden in unserem Bericht als Best-Practice-Beispiele vorgestellt. In Kürze werden wir das Bewertungssystem übrigens überarbeiten und die Kriterien im Vorfeld unseres Rankings für 2021 aktualisieren.

Herr Dr. Lautermann, vielen Dank für dieses Interview!

Das aktuelle Ranking und viele weitere Informationen finden sich unter www.ranking-nachhaltigkeitsberichte.de. «

„Die aktuelle Situation ist außergewöhnlich.“

Interview mit Prof. Dr. Veronika Grimm, Mitglied im Rat der Wirtschaftsweisen

Prof. Dr. Veronika Grimm ist Wirtschaftswissenschaftlerin, seit 2008 Inhaberin des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insb. Wirtschaftstheorie, an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und seit 2020 Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Melanie Vogel, Initiatorin der women&work, Europas Leitmesse für Frauen und Karriere, sprach mit ihr über die gesamtwirtschaftliche Situation im Windschatten von Corona und die zukünftigen Aussichten, vor allem, was den Arbeitsmarkt angeht.

Frau Prof. Grimm, wie schätzen Sie die derzeitige wirtschaftliche Situation ein?

Die Lage ist aktuell außergewöhnlich. Die Beschränkungen im Rahmen der Pandemie-Bekämpfung hatten zeitweise das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben stark eingeschränkt. Die Wirtschaft ist im zweiten Quartal 2020 um 10,1 % eingebrochen, ein historischer Wert. Bis heute sind Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung mit großer Unsicherheit behaftet, es zeichnet sich jedoch eine langsame Erholung ab. Zunächst hatte manch einer gehofft, dass der Wirtschaftseinbruch nicht so schwer wird, weil man vielerorts mit Beschränkungen von nur ungefähr vier Wochen rechnete. Man hatte die Vorstellung, dass es, wenn man die Unternehmen über diese Phase hinüberrettet, dann schnell wieder losgehen kann, weil die Strukturen ja nach wie vor intakt wären. Nun ist es aber so, dass erstens die Beschränkungen viel länger andauern. Außerdem hatten auch viele Betriebe die Produktion eingestellt, die gar nicht geschlossen worden waren – aufgrund unterbrochener Lieferketten, ausbleibender Nachfrage oder auch fehlender Verfügbarkeit der Arbeitnehmerinnen und Ar-

beitnehmer. Auch aufgrund der globalen Verflechtung der Lieferketten ist die Wiederbelebung der Wirtschaft eine Herausforderung, die auch internationale Kooperation zwingend erforderlich macht.

Welche Folgen wird das haben?

Das ist noch nicht so klar. Das hängt davon ab, wie stark die vorübergehenden Beschränkungen die Wirtschaft nachhaltig verändern. Tatsächlich sind die Lieferketten stark beeinträchtigt, das bedeutet, die Wirtschaft wird Zeit brauchen, sie auch international wieder zu aktivieren. Wir haben sehr, sehr viel Kurzarbeit, über zehn Millionen Kurzarbeiter wurden angemeldet, das heißt aber nicht, dass tatsächlich auch alle in Kurzarbeit gehen. So richtig können wir die Folgen erst beurteilen, wenn klar ist, wie viele Unternehmen tatsächlich im Herbst in die Insolvenz gehen müssen. Einige Branchen wird die Corona-Pandemie langfristig schwächen – vermutlich Reisen und Tourismus –, andere stärken – wie zum Beispiel digitale Dienste.

Was ist also sinnvollerweise zu tun?

Wir müssen in drei Phasen denken. Die erste Phase ist bereits seit März angelau-

fen und wurde mit dem Konjunkturpaket im Juni fortgeführt, nämlich das Schnüren von Hilfspaketen, um die Unternehmen über die Phase der Beschränkungen zu bringen. Da hat die Bundesregierung sehr konsequent gehandelt und Pakete aufgelegt, die zielführend sind. Teilweise wird nachjustiert werden müssen, aufgrund der jetzt noch andauernden Beschränkungen in einigen Branchen. Um dann tatsächlich die Wirtschaft wiederzubeleben, wurden Maßnahmen verabschiedet, um schnell die Nachfrage anzukurbeln, einerseits durch die Stimulierung des privaten Konsums, aber auch über Investitionen in Digitalisierung und Klimaschutz. Diese Maßnahmen müssen zielgerichtet sein und auch zukunftsweisend. Ein Teil des Konjunkturprogramms aus dem Juni ist mit gutem Grund langfristiger angelegt und zielt auf einen Strukturwandel und die Modernisierung in den Bereichen CleanTech,



Digitalisierung und Bildung. Das trägt dazu bei, dass Jobs in zukunftsweisenden Industriezweigen entstehen.

Es wird immer wieder von der „neuen Normalität nach Corona“ gesprochen. Haben Sie ganz persönlich eine Idee, wie die aussehen kann?

Also ich glaube, einige Entwicklungen zeichnen sich jetzt schon sehr klar ab. Ich vermute, dass auch zukünftig sehr viel mehr Interaktion, auch Pressetermine und Sitzungen, digital stattfinden werden. Das wird viel Zeit einsparen, wird aber auch zu einer geringeren Nachfrage nach Reisen und in der Hotelbranche führen. Wir müssen auch Acht geben, dass wir uns dadurch nicht entfremden, denn es ist durchaus so, dass im digitalen Raum auch Dinge verloren gehen. Es gibt im Bereich der Digitalisierung auch viele andere Handlungsfelder, wo wir uns schneller weiterentwickeln werden, zum Beispiel bei der Digitalisierung der Verwaltung. Die

Pandemie wird auch dazu führen, dass der Strukturwandel – zum Beispiel in der Automobil- und Zulieferindustrie oder bei Automation und Digitalisierung – schneller vorangetrieben wird, weil wir jetzt ohnehin Geld in die Hand nehmen müssen, um unsere wirtschaftliche Situation zu stabilisieren. Das investieren wir dann idealerweise gleich so, dass auch langfristig Vorteile entstehen.

Was erwarten Sie für den Arbeitsmarkt?

Zunächst mal sind die Arbeitsmarktprognosen in Deutschland längst nicht so negativ wie beispielsweise in den Vereinigten Staaten. Durch die Kurzarbeit ist es den Betrieben möglich, die Bindung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Betrieb aufrechtzuerhalten. Unternehmen haben auch bei rückläufiger Auftragslage durchaus ein Interesse, ihre hochqualifizierten Arbeitnehmenden zu halten, anstatt sie freizusetzen, weil es sehr aufwendig ist, qualifizierte Fachkräfte zu rekrutieren. Das trifft natürlich nicht auf jedes Unternehmen zu. Aber das ist ein Szenario, das man erwarten kann, vor allem, weil man in vielen Branchen ja nicht zwingend davon ausgehen muss, dass die Auftragslage langfristig schlecht bleibt. Wir wissen natürlich noch nicht, wie viele Menschen am Ende doch von der Kurzarbeit in die Arbeitslosigkeit übergehen. Die Prognose des Sachverständigenrats geht von einem Zuwachs der Arbeitslosigkeit von knapp 500.000 Personen aus und somit einer Arbeitslosenquote von 6,1% in den Jahren 2020 und 2021.

Es kommt aber anders, wenn die Lieferketten nicht schnell wieder aktiviert werden?

Das ist richtig. Wenn wir die europäischen Lieferketten nicht wieder in Gang bringen, dann kann es sein, dass wir massiv Sand im Getriebe behalten, auch noch für eine längere Zeit und in ganz Europa. Mit Blick auf die Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft sind Fortschritte gemacht worden, aber es gibt auch noch viel Handlungsbedarf. Das Schnüren von Hilfspake-



Veronika Grimm (Jahrgang 1971) studierte Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Hamburg und Kiel und promovierte 2002 an der Humboldt-Universität Berlin.

Seit 2020 gehört Prof. Grimm dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung an. Sie ist Professorin für Volkswirtschaftslehre und Leiterin des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie am Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der FAU Erlangen-Nürnberg und Direktorin des Laboratory for Experimental Research Nuremberg (LERN) und Vorsitzende der Wissenschaftlichen Leitung des Energie Campus Nürnberg (EnCN), eines interdisziplinären Forschungsverbunds, der Lösungen für das Energiesystem der Zukunft entwickelt.

Die Forschungsschwerpunkte von Prof. Grimm liegen in den Bereichen Energiemärkte und Energiemarktmodellierung, Verhaltensökonomie, soziale Netzwerke sowie Auktionen und Marktdesign.

ten auf europäischer Ebene ist nicht nur eine Frage der Solidarität, sondern auch des Eigennutzes. Wenn Europa nicht gestärkt aus der Krise hervorgeht, marginalisieren wir gleichsam unsere Rolle in der internationalen Politik. Auch mit Blick auf den Umbruch der Welthandelsordnung, der schon vor Corona im Gange war, wäre das fatal. Insbesondere Deutschland ist vom Weltmarkt extrem abhängig. Die Nachfrage nach deutschen Endprodukten kommt zu einem beträchtlichen Teil aus dem außereuropäischen Ausland. Wir müssen daher als Europa ein starker Player in der internationalen Politik bleiben.

Was würden Sie den jetzigen Jobsuchenden empfehlen?

Zum einen muss natürlich jeder Mensch überlegen, was ihn begeistert. Ich selber

würde niemandem empfehlen, etwas nur deswegen zu tun, weil man glaubt, dass die Jobaussichten in zehn oder zwanzig Jahren rosig sind. Wichtige Maßstäbe sind: Was kann ich gut, was erfüllt mich, was macht mir Spaß? Unabhängig davon ist es natürlich so, dass in vielen digitalen und technischen Berufen, Materialforschung, Digitalisierung usw. viel Zukunftspotenzial steckt. Das gilt aber genauso in dem komplementären Bereich eher sozialer Berufe oder sozialwissenschaftlich geprägter Tätigkeiten, der gewisse Netzwerkfunktionen erfüllt, wo man adaptionsfähig sein, viele soziale Kompetenzen und auch einen Überblick über verschiedene Felder haben muss. Ich glaube, das sind Bereiche, wo viele Zukunftschancen liegen.

In den letzten Wochen wurde in den Medien häufiger vermeldet, Frauen seien die Verliererinnen der Krise. Ist das tatsächlich so?

Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Thema. Es ist ja sehr auffällig, dass es umfangreiche Hilfspakete für Unternehmen und die Wirtschaft gibt, aber das Problem der fehlenden Betreuungskapazität und somit auch der Belastungen der Eltern erstmal unadressiert bleibt. Jetzt kann man natürlich sagen, das ist Klagen auf sehr hohem Niveau. Auf der anderen Seite ist es so, dass gerade jetzt offensichtlich wird, wie sich der Betreuungsaufwand in den Haushalten aufteilt. Es gibt viel Evidenz, dass insbesondere die Mütter die zusätzliche Betreuungslast geschultert haben, und das kann natürlich eine Benachteiligung zur Folge haben. Hier passiert zu wenig. Es gab auch keine laute Lobby, denn wer einen Job und noch dazu ein Kind zu betreuen hatte, hatte in den letzten Monaten kaum Zeit, für die eigenen Interessen einzustehen. Das muss unmittelbar besser adressiert und dann nach der Krise signifikant aufgearbeitet werden. Ich denke, es liegt ganz klar in der Verantwortung der Politik, dass man jetzt noch mal ganz genau hinguckt. Es gibt im Bereich Familie viele drängende Handlungsfelder. Neben der Situation der berufstätigen Mütter sollte das Thema Beschulung ganz systematisch angegangen werden. Die Pandemie ist ja noch nicht vorbei, es kann immer wieder sein, dass die Schülerinnen und Schüler in einzelnen Regionen zurück in die Heimb Schulung müssen. Es braucht saubere Konzepte für die Heimb Schulung, so dass der digitale Unterricht professionalisiert wird und alle Schülerinnen und Schüler auch tatsächlich erreicht werden. Nur so kann die Bildungsgerechtigkeit gewahrt bleiben. Das ist eine Aufgabe, die von den zuständigen Ministerien koordiniert und mit einem Budget unterlegt

werden muss. Zu vieles bleibt immer noch an der einzelnen Schule oder gar der einzelnen Lehrkraft hängen. Wenn jede einzelne Schule individuell Konzepte für jede Eventualität erarbeiten muss, so ist das ineffizient und bindet Kapazität der Lehrkräfte, die dann den Schülerinnen und Schülern nicht zugute kommt. Herausforderungen, die an allen Schulen bestehen, müssen daher zentral und mit zusätzlichen Ressourcen adressiert werden. Um einen kleinen Vergleich zu machen: In der Fußball-Bundesliga ist sehr viel Geld im Spiel, viele Arbeitsplätze und viel Wertschöpfung stehen dahinter. Hier sind schnell ausgefeilte Konzepte erarbeitet worden, mit denen der Betrieb eingeschränkt wieder starten konnte – was ich durchaus positiv sehe. Aber der Schaden, der für die Gesellschaft als Ganzes und die Schülerinnen und Schüler durch die über Monate hinweg nur eingeschränkte Beschulung entsteht, wird immens sein. Es ist daher dringend geboten, mit der gleichen Akribie und durch die zuständigen Ministerien koordiniert Konzepte zu erar-



Melanie Vogel, dreifache Innovationspreisträgerin, Buchautorin, Innovationcoach und Lehrbeauftragte an der Universität zu Köln, ist seit 1998 erfolgreiche Unternehmerin. Das von ihr entwickelte und preisgekrönte „Futability“-Konzept ist ihre Antwort auf die VUCA-Welt – eine Welt dauerhafter und radikaler Veränderungen. Seit 2011 veranstaltet sie die women&work – Europas Leitmesse für Frauen & Karriere. www.melanie-vogel.com

beiten, um wirklich auch jedem jungen Menschen die Bildungschancen zukommen zu lassen, die er normalerweise auch bekommen würde.

Frau Prof. Grimm, vielen Dank für das Gespräch.



- > Berufsunfähigkeitsversicherung
- > BU 2 Go



In Kooperation mit

bdvb

Vereinfachte Gesundheitsprüfung
exklusiv für Verbandsmitglieder

Wollen Sie Ihr
Einkommen schützen?
Einfach machen!

Ein Gewinn für Sie: BU 2 Go von HDI. Wir bieten Ihnen eine flexible und vor allem bezahlbare Absicherung im Falle der Berufsunfähigkeit. Weniger Gesundheitsfragen und Sonderkonditionen, um mögliche Versorgungslücken zu schließen. Profitieren Sie vom exklusiven Angebot für bdvb-Mitglieder.



HDI Generalvertretung
Service-Stelle
für bdvb
Dominic Bauch
Dipl.-Kaufmann

Lindenstr. 28
41515 Grevenbroich
T 02181 78309-78
bdvb@hdi.de
www.hdi.de/agentur-bauch

Lehren der Corona-Krise

Warum haben sich die Aktienmärkte so schnell erholt und wie geht es weiter?

Wann immer es in der Wirtschaft und an den Finanzmärkten zu größeren Verwerfungen kommt, nimmt das Interesse an ökonomischen Fragen auch in der breiten Öffentlichkeit einen großen Raum ein. Da bilden die Corona-(Wirtschafts-)Krise und der Crash am Aktienmarkt keine Ausnahmen. Hätte man diese Entwicklung vorhersehen können, und vor allem wie geht es weiter? Da derzeit jeder auf irgendeine Art und Weise betroffen ist, sind dringend Antworten gesucht.

Warum viele Anleger in der Corona-Krise den Ausstieg wählten

Die Ereignisse und die Panik an den Finanzmärkten in der Corona-Krise lassen sich besser verstehen, wenn der Blick etwas weiter zurückgeht.

Nach dem Platzen der Dot.Com-Blase verloren die im MSCI-World-Kursindex (in Euro) enthaltenen über 1600 Aktien vom Höchstkurs im September 2000 und bis zum Tiefstkurs im März 2003 durchschnittlich rund 60%. Nach sieben Jahren, und auf dem Höchststand der Aktienmärkte vor der Finanzkrise, waren diese Verluste nicht wettgemacht. Das Minus zum letzten Rekordhoch betrug im Juli 2007 immer noch 23%. Doch dann stürzten die Börsen in der Finanzkrise erneut ab. Vom Hoch aus 2007 verloren die Aktien bis zum März 2009 auf dem Tiefpunkt erneut 55%. Gemessen am historischen Höchststand des Jahres 2000 beliefen sich die Verluste sogar auf 65%.

Erst im Februar 2015, also nach fast anderthalb Jahrzehnten, schloss der MSCI-World-Kursindex erstmals über der letzten Rekordmarke. Doch dann brach im Februar 2020 die Corona-Krise

so plötzlich über die Börsen herein, dass Anlegern kaum Zeit zum Handeln blieb. Der Index stürzte im März 2020 sogar erneut unter das Jahr-2000-Hoch, so dass Aktien auf dem Tief im März in fast zwanzig Jahren nichts mehr hinzugewonnen hatten. Die Furcht vor einem noch tieferen Absturz und einer erneuten jahrelangen Zitterpartie ließ daher viele resignieren und einen Ausstieg, selbst unter großen Verlusten, als das kleinere Übel wählen.

Aufschwung – Staunen, Skepsis und das Ringen um Erklärungen

Mit dem Hereinbrechen der Corona-Krise und dem Absturz der Aktienmärkte änderten sich schlagartig auch die Prognosen zum künftigen Wirtschaftsverlauf. Die Gewinnschätzungen für die Unternehmen wurden drastisch nach unten korrigiert und eine große Pleitewelle vorhergesagt. Doch trotz dieses negativen Ausblicks und den Warnungen, beispielsweise des IWE, vor der schlimmsten Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren zum Trotz erhoben sich die Aktienmärkte und setzten zu einem Höhenflug an.

Zunächst blieb es achselzuckend bei mancher Feststellung, dass sich die „Börsen von der Realwirtschaft abkoppeln“. Dann, nachdem die Aktienkurse bereits wieder hochgeschwungen waren, wurde dies mit besser als erwartet ausgefallenen Unternehmensdaten begründet. Für die Anleger jedoch, die zuvor in der Börsen-Krise nach Orientierung gesucht hatten, kamen diese Erkenntnisse zu spät. Aber auch viele Profis verpassten den darauffolgenden rasanten Anstieg. Mancher Hedgefonds-Manager, der auf weiter fallende Kurse gesetzt hatte, verlor dadurch sogar Millionen. All dies brachte dem auf den Corona-Crash folgenden Börsenaufschwung schließlich den Beinamen „meistgehasste Rallye aller Zeiten“ ein.

Kurzer Crash oder lange Krise? Was Anleger vorher wissen können

Viele der weitverbreiteten Anlagestrategien orientieren sich an sogenannten inne-

ren Werten, also etwa die Beurteilung eines Unternehmens aufgrund fundamentaler Analysen. Der weitaus größte Teil des täglichen Handelsvolumens an den Finanzmärkten findet jedoch aufgrund von Arbitrage-Geschäften statt. Solchen Ausgleichsgeschäften liegen Kurs-, Zins- oder Preisunterschiede zum selben Zeitpunkt, jedoch zwischen unterschiedlichen Märkten zugrunde. Sie basieren also nicht auf inneren Werten eines Anlageobjektes, sondern vielmehr auf den laufenden Veränderungen von Kursdifferenzen zwischen den verschiedenen Asset-Klassen. Also etwa

der Entwicklung der Zinsabstände bei unterschiedlichen Laufzeiten (z. B. langfristige Anleihe-Renditen minus kurzfristige Geldmarktzinsen) oder auch den Verhältnissen unterschiedlicher Währungen zueinander, wie etwa von Euro, Dollar oder Yen. Vereinfacht gesagt, ergeben sich aus solchen Konstellationen die wesentlichen Umstände an den Finanzmärkten, nach denen an der Börse zwischen positiven Phasen (mit überwiegend steigenden Kursen) und negativen Phasen (mit überwiegend fallenden Kursen) unterschieden werden kann.

Und genau dies ermöglicht es, im Vorfeld zu erkennen, ob ein Kurssturz, wie der durch die Corona-Krise verursachte, in eine positive Börsen-Phase fällt, damit nur von kurzer Dauer ist und auf den wiederum eine rasche Erholung folgt.

Wie geht es an der Börse weiter?

Da sich die Finanzmärkte (Stand September) in einer positiven Börsen-Phase befinden, gibt es auch für die nächste Zeit grünes Licht. Ein Kursanstieg der Börsen im Winterhalbjahr 2020/2021 bleibt damit sehr wahrscheinlich. Selbst ein nie ganz auszuschließender (zweiter) Rückschlag würde erneut nur von kurzer Dauer sein, weshalb auch in einem solchen Fall keine Aktien verkauft werden sollten. Somit wünsche ich Ihnen, gleich welcher Methode Sie folgen, dass Sie vom weiteren Anstieg der Weltbörsen profitieren. «

Der Autor

Hartmut Jaensch ist bdvb-Mitglied und kommissarischer Sprecher des bdvb-Fachausschusses Finanzmärkte (ehemals FG Financial Services). Er ist geschäftsführender Gesellschafter von prediqma – Institut für Börsenstrategie und Autor. Sein aktuelles Buch „Börsen-Phasen entschlüsseln“ ist im WILEY Verlag erschienen.





Eröffnung der Dauerausstellung in Reutlingen: Christian O. Erbe, IHK-Präsident, Dr. Wolfgang Epp, IHK-Hauptgeschäftsführer, Prof. Dr. Dr. Eugen Wendler, Reutlingens Oberbürgermeister Thomas Keck, List-Nachfahre Dr. Jacob Cornides

„Durch Wohlstand zur Freiheit“

Der bdvb ist Prof. Dr. Eugen Wendler seit vielen Jahren sehr verbunden, und wir teilen seine Leidenschaft für Friedrich List. Umso mehr freut es uns, dass die IHK Reutlingen List als eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Stadt mit einer Dauerausstellung über sein Leben und Wirken würdigt. Listexperte und -Sammler Wendler, der sich über 50 Jahre der List-Forschung gewidmet und dabei ein Lebenswerk von mehr als 25 List-Monographien geschaffen hat, stellt seine Sammlung der Öffentlichkeit zur Verfügung.



Eugen Wendlers neuestes Buch „Die Politische Ökonomie von Friedrich List“ (ISBN 978-3-658-29731-2) ist mit einem Geleitwort von Willi Rugen, Präsident des bdvb, erschienen.

„List, der Ökonom, Publizist und Eisenbahnpionier hat mit seinem Denken und seinen Schriften bis heute Spuren hinterlassen“, so Dr. Wolfgang Epp, Hauptgeschäftsführer der IHK Reutlingen. Die IHK Reutlingen zeichnet in ihrer Ausstellung sein Leben nach und zeigt im IHK-Haus der Wirtschaft Exponate des Reutlinger Listsammlers.

Die Bedeutung von Friedrich List

Als Ergebnis seiner List-Forschung ist Wendler zur Erkenntnis gelangt, dass es im Bereich der Politischen Ökonomie drei herausragende Protagonisten gibt, die ein eigenständiges Wirtschaftssystem begründet haben: Adam Smith (1723-1790), Friedrich List (1789-1846) und Karl Marx (1818-1883). Smith steht für den Kapitalismus und den Wirtschaftsliberalismus, Marx für den Sozialismus und die Zentralverwaltungswirtschaft und List ist als Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft zu betrachten. Die Hauptwerke dieser drei Ökonomen wurden von John Carter und Percy H. Muir zu den ca. 450 Druckwerken gezählt, die in der rund 500-jährigen abendländischen Geis-

tesgeschichte zu den Büchern zählen, welche die Welt bewegt und verändert haben. Lists visionäre, technologische, soziale und geopolitische Ideen sind auch 180 Jahre nach seinem Tod von großer Aktualität. List ist jedoch bei jüngeren Ökonomen weitgehend unbekannt. Diesem Umstand möchten Eugen Wendler mit seinen Publikationen und die IHK Reutlingen mit dieser Dauerausstellung entgegenwirken.

Lists Devise „Durch Wohlstand zur Freiheit“ erinnert an das Motto von Ludwig Erhard: „Wohlstand für Alle“. Das List'sche Motiv ist perspektivischer formuliert, weil es nicht den materiellen Wohlstand als das wichtigste Ziel der menschlichen Begierde, sondern die Freiheit der individuellen Daseinsgestaltung als das anzustrebende Ziel betrachtet.

Wenn wir an die kardinalen Probleme der Globalisierung wie Umweltverschmutzung, Klimaerwärmung, Bevölkerungswachstum, Armutsbekämpfung und den Verteilungskampf zwischen der nördlichen und südlichen Hemisphäre denken, dann erweist

sich das maximale Profitstreben als Irrweg. Lediglich ein sozial verträgliches Wirtschaftssystem kann die Notwendigkeit zur nachhaltigen Sicherung der menschlichen Existenzgrundlage gewährleisten. Insofern stellt Lists Leitmotiv „Durch Wohlstand zur Freiheit“ eine Art Weltformel dar, die sowohl in globaler und nationaler Hinsicht, aber auch im individuellen

Bereich humanere Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen kann. Deshalb wurde dieses Motto als Leitthema für die Dauerausstellung gewählt.

Für seine Verdienste um die List-Forschung wurde Prof. Dr. Wendler mit dem Landespreis für Heimatforschung Baden-Württemberg, dem Bundesverdienstkreuz, den Verdienstmedaillen der Stadt und Hochschule Reutlingen sowie mit einem Ehrendiplom von Reading PA ausgezeichnet.

Der Besuch der List-Ausstellung im IHK-Haus der Wirtschaft ist übrigens kostenlos. «

(Quelle: IHK Reutlingen)

Gelesen und notiert



DIGITALER HUMANISMUS

Eine Ethik für das Zeitalter der Künstlichen Intelligenz

Der digitale Humanismus ist nicht defensiv, er möchte den technischen Fortschritt im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz nicht bremsen, sondern fördern, er spricht sich für eine Beschleunigung des menschlichen Fortschritts unter Einsatz der digitalen Möglichkeiten aus, um unser Leben reichhaltiger, effizienter und nachhaltiger zu machen. Er träumt nicht von einer ganz neuen menschlichen Existenzform wie die Transhumanisten, er bleibt skeptisch gegenüber utopischen Erwartungen, ist aber optimistisch, was die menschliche Gestaltungskraft der digitalen Potenziale angeht.

Wir befinden uns inmitten einer disruptiven technologischen Veränderung, die digitale Revolution ist in vollem

Gange, KI wird viele Arten der menschlichen Arbeiten übernehmen: Roboter werden Pakete austragen, Taxi fahren, Bankberatung anbieten, in Callcentern arbeiten, neben Ärzten in Krankenhäusern operieren ... Die Digitalisierung durchdringt schon heute unsere Arbeitswelt.

In diesem Buch werden die philosophischen Grundlagen eines digitalen Humanismus gelegt, der klar unterscheidet zwischen menschlichem Denken, Empfinden und Handeln einerseits und softwaregesteuerten, algorithmischen Prozessen andererseits.

Julian Nida-Rümelin, Nathalie Weidenfeld:
Digitaler Humanismus,

Piper, 220 S., 12,00 €, ISBN 978-3-492-31616-3



CORONOMICS

Nach dem Schock: Neustart aus der Krise

Der Corona-Schock markiert den Beginn einer neuen Wirtschafts- und Finanzordnung. Mit seinem Buch legt Daniel Stelter ein überzeugendes Programm zur Überwindung der Krise und zur Wohlstandsmehrung für alle vor. Sein Programm zielt auf komplette Erneuerung: Konstruktive Lösung der Schuldenprobleme, intelligente Solidarität in der Eurozone, Produktivitätssteigerung und Mobilisierung der Arbeitskräfte. Mehr investieren in Forschung und Innovation, in Bildung, Infrastruktur und Digitalisierung. Nur so

lässt sich Wohlstand in einer alternden Bevölkerung dauerhaft sichern. Staatliche Effizienz und Effektivität steigern und den Bundestag verkleinern, Bundesländer zusammenlegen, die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung vorantreiben. Nur so können wir unsere Rolle in der Welt wahrnehmen, die Euro-Zone und die EU stabilisieren.

Daniel Stelter: Coronomics,
campus, 217 S., 18,95 €, ISBN 978-3-593-51321-8



SHENZHEN

Die Weltwirtschaft von morgen

Viele vergleichen Shenzhen mit dem Silicon Valley in Kalifornien. Doch es gibt Hirns Meinung nach einen großen Unterschied. Anders als das auf IT und Software basierende Silicon Valley hat Shenzhen eine viel breitere industrielle Basis und deshalb auch die nötige Hardware. Shenzhen ist der Ort der Superlative: die am schnellsten wachsende Metropole der Welt und die jüngste, offenste, reichste und teuerste Stadt Chinas. Ob Elektromobilität, Gentechnik oder KI – bei

den wichtigen Zukunftstechnologien werden hier die Trends gesetzt. Chinaexperte Hirn zeichnet ein Bild der Urbanität von morgen. Die Welt bekommt ein neues Gravitationszentrum. Denn in Shenzhen kannst du morgens eine Idee haben und am Abend schon den Prototypen in der Hand.

Wolfgang Hirn: Shenzhen,
campus, 286 S., 25,00 €, ISBN 978-3-593-51192-4



„Wir brauchen die Aufklär

Im Gespräch mit: Karl-Heinz Streibich

Unter den Wissenschaftsakademien ist die acatech (Akademie der Technikwissenschaften) diejenige, die Wissenschaft und Wirtschaft miteinander verbindet. Eine Doppelspitze aus zwei Präsidenten verkörpert den Dialog, alle Projekte sind gemischt besetzt. Willi Rugen traf den Vertreter der Wirtschaft Karl-Heinz Streibich zum Gedankenaustausch über Verantwortung, Leidenschaft, das Aufstreben Chinas und das Verhältnis zwischen Mensch und Technik.

bdvb aktuell: Herr Streibich, Herr Rugen, willkommen in Frankfurt!

Rugen: Für dieses Gespräch hätte man keinen besseren Ort finden können. Wir befinden uns in der „Frankfurter Gesellschaft“ für Handel, Industrie und Wissenschaft“, in der wir beide häufiger anzutreffen sind, jetzt aber erstmals zu einem ausführlichen persönlichen Gespräch zusammenfinden.

Streibich: Wissenschaft und Wirtschaft, ja, das passt zu acatech. Über 500 Wissenschaftler und 120 Firmen sind bei uns Mitglied. Diese gebündelte Expertise ist eines unserer Alleinstellungsmerkmale. Ich freue mich hier zu sein.

Der bdvb hat sich vor kurzem das Jahresthema „Nachhaltig aus der Krise“ vorgenommen. Welche Fragen stehen bei Ihnen auf der Agenda?

Streibich: Die zentrale Frage, die die Politik derzeit an uns richtet, ist: Wie können wir Systeme resilienter machen durch Digitalisierung? Ein zweiter Punkt: Wie kann

das Gesundheitssystem widerstandsfähiger werden, so dass wir keinen zweiten Shutdown brauchen? Ein anderes Thema, das uns auch noch sehr stark beschäftigt, ist die Energiewende.

Auch ohne Shutdown wird Corona unsere Wirtschaft verändern. Führt das zu mehr Nachhaltigkeit?

Rugen: Ich glaube tatsächlich, dass diese Krise zu einer Neuausrichtung der Industrie führen wird, und das durchaus im Sinne der Nachhaltigkeit. Wir werden mehr Diversifikation in den Lieferketten haben – zum einen, weil die Märkte nicht mehr so offen sind, aber auch weil mehr Risikoabsicherung erreicht werden muss. Man wird für dieselbe Technologie zwei, drei verschiedene Lieferanten haben. Das mag zulasten von Skaleneffekten und Effizienz gehen, aber das Sourcing ist dadurch nachhaltiger.

Streibich: Man muss ja immer die „Total Cost of“ betrachten, die Gesamtkosten von Ende zu Ende. Ein gutes Beispiel ist

die Kernenergie. Was hat man da eingepreist? Man baut ein AKW, betreibt es und legt es nach 50 Jahren still, aber ein GAU oder die Endlagerung sind nicht eingepreist. Das Bankensystem – was war eingepreist? Die Prozesskosten der Transaktion schon, ein Crash oder Sicherungsfonds aber nicht.

Rugen: Selbst für den Klimawandel gibt es entsprechende Modelle. Über die CO₂-Abgabe erhalten externe Effekte einen Preis. Ob es der richtige Preis ist, ist allerdings schwer zu sagen.

Streibich: Deshalb ist die Resilienz der Systeme so entscheidend. Es ist nicht so, dass die freien Kräfte der Wirtschaft es schon richten werden. Wir müssen uns aktiv darum kümmern: Wie resilient sind die Strukturen?

Das ist aber nur ein Aspekt von Nachhaltigkeit.

Streibich: Stimmt, Nachhaltigkeit hat auch mit Corporate Social Responsibility



ung 2.0“

wortung übernimmt. Denken Sie an Kinderarbeit. Man möchte wissen: Was ist das für ein Produkt, wo kommt das her?

Rugen: Da gehe ich mit Ihnen einig. Es kann nicht sein, dass unsere Produkte zu scheußlichen Arbeitsbedingungen in Übersee hergestellt werden. Vielleicht kann Lieferkettenverantwortung dazu einen Beitrag leisten. Aber die Länder, die weniger entwickelt sind, müssen auch die Möglichkeit haben, aufzuholen. Das geht nur mit komparativen Kostenvorteilen. Dass diese bei den Lohnkosten liegen, ist völlig in Ordnung. Wir brauchen eine offene arbeitsteilige Welt, aber mit vernünftigen Regeln.

Streibich: Der springende Punkt ist immer, welche Wirkung man erzielt. KPI-Verfahren sind oft zu Input-orientiert: Ich habe doch dies und jenes gemacht, ich war doch dort, ich habe doch gezahlt. Aber die Wirkung, die man erzielt, ist das Maß aller Dinge!

Kann technologische Innovation dabei helfen?

Streibich: Wenn sie gesellschaftlich akzeptiert ist, ja. Deswegen wollen wir jetzt in einem großangelegten Projekt herausfinden, warum Innovationen oft kollektiv Zu-

stimmung ernten, individuell jedoch abgelehnt werden. Zum Beispiel ist jeder dafür, dass die Netzabdeckung beim Mobilfunk besser wird. Aber keiner will eine Antenne in seiner Nähe haben. Jeder ist für erneuerbare Energien, aber keiner will ein Windrad in Hör- oder Sichtweite haben. Wie kann man auf der individuellen Ebene Akzeptanz für Dinge bekommen, die von der Allgemeinheit unterstützt werden?

Rugen: Ich finde, das liegt auch ein bisschen an der Art und Weise, wie unsere Kinder ausgebildet werden. Beispielsweise fehlen wirtschaftliche Zusammenhänge im Schulunterricht. Ganz praktische Themen – was haben Unternehmer und Unternehmen für eine Rolle in der Gesellschaft..

Streibich: In der Humboldt'schen Tradition genießen Lehrer und Lehrerinnen zu viel Freiheit, das Unterrichtsniveau unterscheidet sich massiv. So ein System ist auf dem heutigen Effizienzniveau von Wirtschaft und Gesellschaft eigentlich nicht überlebensfähig. Schauen Sie, die ganze technologische Entwicklung der letzten Jahrhunderte hat ja immer eines gebracht: Effizienzsteigerung! Wir könnten niemals acht Milliarden Menschen ernähren mit der Effizienz von vor hundert Jahren. Diesem Effizienzanspruch müssen alle Systeme gerecht werden. Ein Ausbildungssystem mit den Mitteln des vorletzten Jahrhunderts ist vor diesem Hintergrund chancenlos.

Das klingt, vorsichtig formuliert, nach gravierenden Veränderungen.

Streibich: Die technologische Entwicklung hat inzwischen ein Niveau erreicht, wo wir im Prinzip so etwas wie eine Aufklärung 2.0 brauchen. Die Aufklärung 1.0, die Epoche um Immanuel Kant, ergab sich aus dem Übergang von der mondänen Feudalherrschaft zu mehr Unabhängigkeit und Arbeitsteilung. Da ging es um das Verhältnis der Leute untereinander, weil sie stärker im Netzwerk kooperieren und sich selbst verwalten mussten. Jetzt sind wir an einem Punkt, wo wir das Verhältnis zur Technik auf neue Beine stellen müs-

zu tun. Moralisches, ethisch richtiges Verhalten bzw. die Verantwortung dafür darf nicht an der Eingangspforte einer Firma aufhören. Dazu gehört auch, dass man für die Herkunft der Produkte über die ganze Wertschöpfungskette hinweg die Verant-



Karl-Heinz Streibich, Präsident acatech

Der Interviewpartner

Karl-Heinz Streibich studierte Nachrichtentechnik in Offenburg. Er ist Präsident der acatech und hat, neben zahlreichen ehrenamtlichen Funktionen, mehrere Aufsichtsratsmandate inne. Von 2003 bis 2018 war er Vorstandsvorsitzender der Software AG.

sen. Die Technik wird vom Erfüllungshelfen zu einer integralen Komponente im Leben.

Welche Rolle wird der Mensch dann noch spielen?

Streibich: Je mehr uns die Technologie entlastet, desto mehr drohen wir zu degenerieren. Wir können nicht mehr so schnell rennen, sind nicht mehr so kräftig, sogar die kognitive Bandbreite des Menschen ist durch die Spezialisierung schon eingeengt. Das Gehirn passt sich an! Bald kommen wir an eine Schnittstelle, wo die Technik erheblich mehr begreift, entscheidet und Impulse gibt als der Mensch. Deshalb sind die ethischen und moralischen Diskussionen rund um die künstliche Intelligenz so wichtig. Wir waren, glaube ich, noch nie an einem spannenderen Scheidepunkt. Wir dürfen aber nicht den Fehler machen – und damit meine ich wir als Europäer –, dass wir nur darüber reden, während andere die Technik weiterentwickeln.

Was sollte Europa denn machen?

Rugen: Ich glaube, Europa braucht vor allem mehr Einheitlichkeit. Wir haben ja in vielen Bereichen gar keine richtigen Binnenmärkte. Wir reden über einen europäischen Kapitalmarkt, die Kapitalmarktunion, Bankenunion und so weiter. Aber in vielen Bereichen haben wir immer noch sechzehn verschiedene Regelwerke und

nationale Märkte, die kaum integriert sind. Skaleneffekte wie in den USA mit 350, 400 Millionen Konsumenten finden nicht statt. An dieser Stelle müssten wir viel europäischer werden.

Streibich: Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Wie können wir unsere Unternehmen überhaupt in die Lage versetzen, dass sie in der skalierenden digitalen Welt zu den Gewinnern gehören? Als ich Vorstandsvorsitzender der Software AG war, hatten wir allein in Europa in 26 Ländern 24 verschiedene Gehaltsabrechnungssysteme. So geht es nicht. Wir müssen einen einheitlichen, niederschweligen Wirtschaftsraum schaffen, damit unsere Firmen von der Bewertung zwischen vierzig und achtzig Milliarden in den Bereich von dreihundert bis sechshundert Milliarden durchbrechen. Wir brauchen diese Schwungmasse. Dafür sollte auch Deutschland alles einsetzen, was nötig ist... und wenn wir noch einmal hundert Milliarden mehr pro Jahr an die EU zahlen! Wir hätten selber den größten Nutzen davon. Google, Facebook und so weiter, die schaffen es jeder für sich, aufgrund ihres Heimatmarktes. In diese Lage müssen wir auch die EU-Wirtschaft und damit unsere Unternehmen versetzen.

Welche Rolle spielt digitale Souveränität in diesem Zusammenhang?

Streibich: Die ist entscheidend. Wir sind gerade in Deutschland immer so stolz gewesen auf unsere Infrastruktur. Über

Jahrzehnte hinweg haben wir es ihr zugeschrieben, dass es uns gut geht. Aber heute sieht das anders aus; und die Infrastruktur der digitalen Welt ist eine andere! Das sind keine Brücken und Straßen, sondern Netzinfrastruktur, Cloud-Infrastrukturen, Anwendungsinfrastrukturen, Datenräume. Und da liegen wir heute mindestens so weit zurück wie China vor zehn Jahren in der Industrialisierung. Dahinter stehen zwei Fragen. Wie wettbewerbsfähig sind wir in der digitalen Welt? Und wie resilient ist unsere digitale Infrastruktur, auch in schwierigen Zeiten? Wir laufen ja auf eine bipolare Welt zu, in der die USA die technologische Führungsrolle verlieren und China unbeirrt, unbeeinflussbar aufstrebte.

Sehen Sie die USA und China denn auf Augenhöhe?

Streibich: Noch bis ins frühe 19. Jahrhundert hinein war China die weltgrößte Wirtschaftsmacht – und wird es jetzt wieder. Das ist fast so, als wenn das Römische Reich wieder aufleben würde. Und die

USA können es nicht verhindern, selbst wenn sie uns in Geiselnhaft nehmen würden.

Rugen: Das muss man aber differenziert sehen. Denken Sie an ASML, die ihre Lithographie derzeit nicht an chinesische Kunden liefern darf. Amerika versucht China den Zugang zu dieser Technologie vorzuenthalten. Dieses Beispiel macht deutlich, dass es da wirklich technologische Gaps gibt, auch heute noch. In Eindhoven bzw. Veldhoven, um genau zu sein, stehen fertig gebaute Maschinen im Wert von über 100 Millionen, jede einzelne Maschine. Die können nicht ausgeliefert werden, weil die Amerikaner das verhindern. Das ist Wirtschaftskrieg!

Streibich: Gerade deshalb sage ich: Wir müssen mit unserer digitalen Infrastruktur unabhängig und souverän werden. Wer kann sicherstellen, dass die USA nicht irgendwann mal sagen: Wenn ihr Nord Stream 2 nicht abschaltet, dann schalten wir euch Microsoft oder Google ab... Wir haben einfach kein Gegengewicht. Das muss sich ändern, daran müssen wir arbeiten. Und nicht darüber diskutieren, ob es nun 500 Milliarden oder 750 Milliarden Corona-Hilfen sind.

Woher kommt eigentlich die Leidenschaft, mit der Sie Ihre ehrenamtlichen Funktionen wahrnehmen? Diese Frage richtet sich an Sie beide.

Streibich: Es ist nicht die Leidenschaft für das Ehrenamt, sondern umgekehrt. Das Ehrenamt hat sich an die Leidenschaft angeflanscht. Eigentlich ist das dieselbe Power, die man in der ersten Phase des Lebens für sich selbst entwickelt hat, um zu erreichen, was man erreichen wollte. Die hat man dann irgendwann umgelegt auf die Kinder, das Umfeld, die Rahmenbedingungen. Wenn man viel erreicht hat, legt man irgendwann den Schalter um und fragt: Wo kann ich unterstützen? Das Ehrenamt ist dazu nur das Vehikel.

Rugen: Es geht auch um die Möglichkeit, sich einzubringen und etwas zu bewirken, wenigstens punktuell. Etwas beizutragen, damit Veränderung stattfindet.

Streibich: Eigentlich nutzen wir das Ehrenamt, um einen Hebel zu haben, damit die Dinge gemacht werden, die eben gemacht werden müssen. Es gab bei uns auch eine Diskussion, ob man das Ehrenamt bezahlen soll. Das habe ich strikt abgelehnt.

Rugen: Als Präsident will man doch auch eine gewisse Unabhängigkeit haben. Eine bezahlte Funktion würde dazu gar nicht passen.

Vielen Dank an Sie beide für dieses Gespräch! «



Willi Rugen, bdvb-Präsident

Relevant, nachhaltig, Sind die Wirtschafts noch auf dem richtig

In Krisenzeiten wird vieles in Frage gestellt. Auch über die Ausrichtung der volks- und betriebswirtschaftlichen Forschung und Lehre wird wieder diskutiert.

Debatte

krisenfest – wissenschaften en Weg?

In der Volkswirtschaftslehre geht es vor allem um eine Abkehr von der Neoklassik: Die Modellvorstellung vom Homo oeconomicus gilt als überholt, Nachhaltigkeit müsse stärker in den Mittelpunkt gestellt werden – vor allem in der Lehre, so fordern es kritische Stimmen. Aber auch die Betriebswirtschaftslehre ist kontrovers geworden: Zu viel Auswendiglernen, zu wenig eigenständige Reflexion und ein übertriebenes Effizienzstreben auf Kosten von Resilienz und Nachhaltigkeit, lauten die zentralen Kritikpunkte.

Der bdvb begleitet die Debatte durch interne Diskussionstränge und öffentliche Veranstaltungen. Zwei ausgewählte Standpunkte kommen auf den folgenden Seiten zum Tragen: In der Krise hat die Volkswirtschaftslehre mal so richtig gezeigt, was sie kann – und was nicht, so könnte man die Beiträge zusammenfassen.

Dass unsere Disziplin sich im Stresstest der Corona-Krise bewährt hat, ist die Überzeugung des Nachwuchsökonomens Andreas Backhaus. Wirtschaftswissenschaftler werden dahingehend ausgebildet, dass sie methodisch vorgehen, empirisch arbeiten, Problemstellungen analysieren und Fehlerquellen erkennen. Ausgestattet mit diesen Skills werden sie beratend tätig, und zwar mit beachtlichem Erfolg. Das wird auch in Zukunft so sein, wenn andere Krisen oder Fragestellungen in den Vordergrund rücken.

David Petersen und Henri Schneider ist das aber nicht genug: Sie sind Mitglieder der „Economists for Future“, einer Initiative, die mit der Forderung an die Öffentlichkeit getreten ist, die Corona-bedingte Digitalisierung des Lehrbetriebs müsse jetzt auch zu inhaltlichen Kurskorrekturen genutzt werden. Wirtschaftswissenschaftler sollten nicht bloß die Fragen beantworten, die man ihnen stellt, sondern aktiv ihre Agenda bestimmen – vor allem im Lehrbetrieb, und hier müssten ökologische und soziale Herausforderungen einen viel größeren Stellenwert einnehmen als bisher.

Welche Argumentation verfährt? Wie geht es weiter? Senden Sie Leserzuschriften, Anregungen und Beiträge an: newsroom@bdvb.de

Die Redaktion freut sich auf eine lebhaftige Debatte!

Bewährungsprobe Corona:

Die VWL leistet ihren Beitrag

Die COVID-19-Pandemie stellt neue, unerwartete und hohe Anforderungen an die Wissenschaft – das gilt auch für die Wirtschaftswissenschaft, sowohl in der Forschung als auch in der Lehre. Welches Wissen und welche wissenschaftlichen Fertigkeiten bewähren sich in dieser Ausnahmesituation, in der es darauf ankommt, agil und kompetent zu reagieren? Der Volkswirtschaftslehre ist es gelungen, wichtige und hilfreiche Beiträge zum Verständnis der Krise und zur Bewältigung ihrer Folgen zu leisten. Erreicht wurde dies unter anderem durch die Konzentration auf datengestützte Empfehlungen und eine Absage an ideologische Grabenkämpfe.

Schon im März 2020 waren volkswirtschaftliches Denken und Fachwissen erforderlich, um Regierungen in der durch das Coronavirus ausgelösten Notlage wirtschaftspolitisch adäquat beraten zu können. In einem konjunkturellen Einbruch wie dem der Corona-Krise ist es zuallererst notwendig zu verstehen, welche Art von Krise oder „Schock“ gerade im Begriff ist, die Wirtschaft zu treffen. Deshalb ist es hilfreich, gedanklich so weit vom tatsächlichen Wirtschaftsgeschehen abstrahieren zu können, dass der Fokus auf die wichtigsten und eindeutigsten Vorgänge gelegt werden kann.

Mit Blick auf Corona verdeutlichten bereits die einfachen und bekanntermaßen stark abstrahierten Modelle des VWL-Grundstudiums, dass diese Krise – wieder einmal – anders war: Einer-

seits erfuhr zwar die Angebotsseite durch den Lockdown einen negativen Schock, da beispielsweise Tourismus-, Gastronomie- und Sportbetriebe ihre Produkte und Dienstleistungen nicht auf dem Markt anbieten konnten. Zudem wurden zahlreiche globale Liefer- und Produktionsketten unterbrochen. Andererseits wurde aber auch die Nachfrageseite in Mitleidenschaft gezogen, da viele Aktivitäten aufgrund der neu erkannten Infektionsrisiken gänzlich an Attraktivität verloren haben und die rapide gestiegene Unsicherheit über die Sicherheit des Arbeitsplatzes und des Einkommens die Konsumneigung arg gedämpft hat. Eine erste wichtige wirtschaftspolitische Einsicht aus diesen simplen, aber strukturierten Überlegungen lautete daher, dass sich eine durch COVID-19 bedingte Konjunkturpolitik nicht einseitig auf die Angebots- oder die Nachfrageseite konzentrieren sollte.

Debatte

„Gut ausgebildete Ökonominnen und Ökonomen werden auch in Zukunft gebraucht“

Große Einigkeit bestand früh auch darüber, dass die Corona-Krise sowohl bei Anbietern wie bei Nachfragern primär ein Problem der Liquidität schuf: Geld aus Verkaufserlösen, das normalerweise in die Kassen der Produzenten fließt und beispielsweise zur Deckung der Betriebskosten benötigt wird, blieb nun plötzlich aus. Gleichzeitig erfuhren die Arbeitnehmer ein Abebben ihrer Geldzuflüsse bedingt durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit, während aber weiterhin Mieten, Hypotheken und unverzichtbare Güter bezahlt werden mussten.

Der an der Columbia University tätige Finanzwissenschaftler Wojciech Kopczuk fasste die darin aufgeworfene volkswirtschaftliche Problematik bereits Anfang März in einem auf seiner Website veröffentlichten Text zusammen: Wenn das Ziel sei, die Wirtschaft für einige Wochen oder Monate in eine Art „Winterschlaf“ zu versetzen, dann müsse die Wirtschaftspolitik so gestaltet sein, dass nach dem Abklingen der Pandemie sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer bereitstünden, die Wirtschaft wieder zum Leben zu erwecken. Vereinfacht gesagt, die Arbeitnehmer müssten noch eine Wohnung, die Arbeitgeber noch ein Unternehmen haben, damit beide nach der Krise wieder wirtschaftlich aktiv werden können.

Im Wesentlichen ging die Konjunkturpolitik in der EU und in den USA, wenn auch mit institutionell bedingten Unterschieden, in genau diese Richtung: Kurzarbeitergeld und Arbeitslosenunterstützung wurden erhöht und verlängert, Mieter wurden geschützt, Staaten und Zentralbanken stellten Unternehmen verbilligte Kredite bereit. Geschwindigkeit und Entschlossenheit der Entscheidungsfindung sowie deren Kommunikation an die breite Öffentlichkeit können rückblickend durchaus als eine Sternstunde der Wirtschaftspolitik gewertet werden.

Natürlich hört die Corona-spezifische Wirtschaftspolitik mit den verschiedenen Konjunktur- und Kreditpaketen nicht auf. Vielmehr gilt es jetzt, während sich erste Anzeichen der wirtschaftlichen Erholung einstellen, aufzuzeigen, welche Sektoren der Wirtschaft und welche Bevölkerungsgruppen übermäßig stark unter Corona gelitten haben und gegebenenfalls nicht im entsprechenden Umfang von den bisherigen Hilfsmaßnahmen erreicht worden sind. Hier haben Wirtschafts- und Sozialforschungsinstitute und -behörden rund um die Welt unter enormem Arbeitsaufwand ihre Umfragen und Erhebungen an die neuen Erfordernisse durch COVID-19 angepasst und durchgeführt, um so schnell wie möglich repräsentative Daten zu den durch die Pandemie veränderten Lebensumständen bereitzustellen. Erst mit diesem Wissen kann die Politik durch gezielte Maßnahmen einen sozialen Ausgleich schaffen.

Losgelöst von den rein wirtschaftlichen Sachfragen wurden und werden außerdem intensive gesellschaftliche Debatten um Fragen wie die Notwendigkeit von Schulschließungen, die Verpflichtung zum Tragen von Mund-Nase-Bedeckungen und die allgemeine Steuerbarkeit des Pandemiegeschehens geführt. Diese Debatten werden begleitet und beeinflusst von einer täglich wiederkehrenden Flut an neuen Studien und Daten. Die Corona-Pandemie ist damit gewiss bereits die am umfangreichsten (und das in Echtzeit!) dokumentierte Pandemie aller Zeiten. Doch mit dieser Daten- und Informationsflut sind auch die Anforderungen an die Bürger und an ihr Verständnis dieser Daten und Erkenntnisse gewaltig gestiegen. Während sich so viele Menschen wie noch nie zuvor mit Daten über das aktuelle Pandemiegeschehen informieren konnten, so wurden wahrscheinlich auch noch nie so viele Menschen mit Daten absichtlich oder unabsichtlich in die Irre geführt.

Beispielsweise verleitete die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer bestimmten politischen Maßnahme oft zum Vergleich von Staaten, die diese Maßnahme infolge der

te



Debatte



Der Autor

Andreas Backhaus studierte Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Münster, Göttingen, Warschau und an der Toulouse School of Economics. Er promovierte zu Themen der Wirtschaftsgeschichte und Entwicklungsökonomik an der LMU München. Seitdem ist er als PostDoc an deutschen und europäischen Forschungseinrichtungen tätig.

© Michael Stefan / IW

Pandemie bereits ergriffen hatten, mit denjenigen Staaten, die dies nicht getan hatten. Der Vergleich der Ergebnisse zwischen den beiden Staatengruppen wurde dann vorschnell als informativ über die Wirksamkeit der betreffenden Maßnahme interpretiert. Derlei Vergleiche sind jedoch fast immer unzulässig, da nicht „Gleiches mit Gleichem“ verglichen wird, sondern eine unermessliche Zahl an weiteren Einflussfaktoren auf die Ergebnisse ausgeblendet wird.

Das Erkennen solch trügerischer Fehlschlüsse wird durch die empirischen Lehrveranstaltungen eines modernen VWL-Studiums gründlich geschult. Dem-

entsprechend kritisch hat die Wirtschaftswissenschaft zahlreiche empirische Corona-Studien mit Blick auf deren Plausibilität hinterfragt. Darüber hinaus werden angehende Ökonomen und Ökonomen mit Voraussetzungen und Methoden vertraut gemacht, mit denen die Evaluation verschiedener Maßnahmen überhaupt glaubhaft gewagt werden kann. Hier täuscht die empirische VWL kein überlegenes oder allein seligmachendes Wissen vor, sondern weist auf die Begrenzungen hin, die die Realität den Forschungsanstrengungen oft auferlegt: Wenn viele potenziell relevante Vorgänge gleichzeitig ablaufen, so wie im Fall der in schneller Abfolge erlassenen Beschränkungen des öffentli-

chen Lebens, dann ist es unmöglich, die kausale Wirkung eines einzelnen Vorgangs glaubhaft und robust herauszuarbeiten.

Ein gutes VWL-Studium vermittelt somit ein breites Spektrum an „Skills“, an Fertigkeiten und Kompetenzen, welche weit über rein wirtschaftliche Zusammenhänge hinausgehen. Diese haben sich in den breit geführten wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatten rund um die COVID-19-Pandemie als nützlich erwiesen. Wer seine Zeit stattdessen bevorzugt den Schreckgespenstern der „Marktökonomie“ und „Textbuchökonomie“ widmen möchte, läuft bedauerlicherweise Gefahr, sich selbst zur Irrelevanz zu verurteilen. Das gilt für die Corona-Krise genauso wie für ökologische Krisensituationen. Letztendlich werden Taten stärker überzeugen als Forderungen.

Die sozioökonomischen Folgen von Corona werden die Welt noch über Jahre hinaus begleiten. Gut ausgebildete Ökonomen und Ökonomen, die ihren Sachverstand analytisch einsetzen und ihre Erkenntnisse international und fachübergreifend zur Diskussion stellen, werden in diesem Zusammenhang auch in Zukunft gebraucht werden. «

Econ4Future statt business as usual: Nachhaltigkeit ins ökonomische Kerndenken!

Die Erderwärmung schreitet voran. Nach aktuellen Prognosen ist die Menschheit weit davon entfernt, die globale Durchschnittstemperatur innerhalb der 1,5-Grad-Grenze zu halten, um katastrophale Auswirkungen der Erderwärmung beherrschbar zu halten. Unsere Art zu wirtschaften ist maßgeblich für diese Entwicklung verantwortlich. Für eine erfolgreiche Transformation braucht es daher auch in der Wirtschaftswissenschaft ein Umdenken: Change by design, not by disaster.

Obwohl sich über die letzten Jahrzehnte ein wirkmächtiger Umwelt- und Nachhaltigkeitsdiskurs herausgebildet hat, findet sich dies kaum im ökonomischen Kerndenken wieder. Nachhaltigkeit ist und bleibt ein Nischenthema. Mittlerweile hat sich immerhin die Umweltökonomik als Teildisziplin der VWL etabliert und versucht sich an der Bearbeitung der oben genannten Themenfelder. Leider ist es mit der Umweltökonomik ähnlich wie mit der Bewältigung der Klimakrise im Allgemeinen: Im Ergebnis wurde bislang kaum geliefert. So ist nur eine Handvoll volkswirtschaftlicher Lehrstühle in Deutschland als Umweltökonomie denominiert. Zwar mag dies allein wenig über die Forschungsinteressen und spezifischen Ausrichtungen anderer Denominationen aussagen, jedoch spiegelt sich dieser Trend auch in den internationalen TOP-Journals der Ökonomik, in denen die Klimakrise fast nicht vorkommt. Auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 2019 widmeten sich weniger als vier Prozent der Panels den Environmental Economics. Ein besorgniserregender Befund.

Während es vielen Ökonom*innen, beispielsweise im Bereich der digitalen Transformation, gar nicht schnell genug gehen kann, treten diese in anderen Bereichen, wie bei der Klimakrise, eher inspirationslos und teilweise sogar bremsend auf. Der bloße Ver-

weis auf einen CO₂-Preis als ökonomisches Allheilmittel ist ein gutes Beispiel. Eine solche politische Maßnahme ist sicher hilfreich, wird der notwendigen immensen ökonomischen Transformation allerdings kaum gerecht.

Ökonomische Kritiken an den massiven klimaschädlichen Subventionen sowie wirtschaftspolitische Vorschläge für einen Abbau derselben fehlen häufig. Diese Subventionen wirken wie ein negativer Preis auf Emissionen und bedienen nicht nur kurzfristige Einzelinteressen, sondern verteuern nötige Klimaschutzmaßnahmen und setzen folgeschwere Anreize für zukünftige Investitionen. Aktuell lässt sich dieser Trend auch in der ökonomischen Bewältigung der Corona-Krise beobachten. Warum ist es mittlerweile kein ökonomischer Standard, stets auch starke Nachhaltigkeitskriterien anzuwenden und ebenso ökologische Auswirkungen des großen „Konjunktur-Wumms“ zu thematisieren? Pfadabhängigkeiten werden so verstärkt, gesellschaftliche Transformationsprozesse und Innovationen ausgebremst.

Doch wo liegen die Ursachen dafür? Auf Ebene der Universitäten lässt sich bei einem Blick in die Modulhandbücher der VWL-Studiengänge in Deutschland schnell feststellen, dass Nachhaltigkeit auch hier keinen hohen Stellenwert einnimmt. Das häufig



Die Autoren

David J. Petersen studierte Gesellschaftstheorie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und zählt zu den Gründern der Bewegung „Economists for Future“. Henri Schneider studiert Economics an der University of Greenwich und ist Vorstandsmitglied des Netzwerks Plurale Ökonomik.

Die Autoren danken Henrike Adamson, Lukas Bäuerle, Frank Fehlberg, Philipp Hiß und Sarah Johannes für ihre wertvollen Anregungen zum Text.

Webseite: <https://econ4future.de>

Twitter: @econ4future_DE

Anmerkungen und Nachfragen zu Quellen gerne per E-Mail an info@econ4future.de



angeführte Argument, dass im Bachelor erst mal bestimmte Grundlagen geschaffen werden müssten, zeigt, dass Nachhaltigkeit offensichtlich nicht dazugezählt wird. Wohlgemerkt: Über eine halbe Million Studierende besuchen in Deutschland jährlich wirtschaftswissenschaftliche Grundlagenveranstaltungen. Selbst in Masterstudiengängen werden nur wenige Möglichkeiten eröffnet, sich vertiefend mit diesen Themen zu befassen. Warum hört man im Studium nur etwas von Umwelt und Nachhaltigkeit, wenn man sich – sofern angeboten – für einen Wahlpflichtkurs entscheidet? Dabei spricht sich z.B. auch die Bundesfachschafftenkonferenz der wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftssozialwissenschaftlichen Fachbereiche (BuFaK WiSo) für eine „nachhaltig ausgerichtete Lehre und Forschung“ aus – ausdrücklich mit Verweis auf das WBGU-Gutachten zur „Großen Transformation“.

Diese exemplarischen Schlaglichter markieren unseren ersten Kritikpunkt: Nachhaltigkeitsverständnisse sind in der Ökonomik institutionell wenig verankert und finden sich kaum im ökonomischen Kerndenken wieder. Wer die Kritik daran als rein politisch oder gar ideologisch motiviert abtut, verkennt dabei den wissenschaftlichen Fortschritt und Erkenntnisse anderer Disziplinen – in diesem Fall besonders aus der Klimawissenschaft. Dies gilt nicht zuletzt auch für den Befund eines steigenden Handlungsdrucks und der Notwendigkeit zunehmend radikal anmutender Klimapolitiken. Es ist eine Konsequenz aus dem Status quo, dass, obgleich wir immer mehr wissen, vielfach nicht angemessen gehandelt wird.

Unser zweiter Kritikpunkt bezieht sich auf die mangelnde Pluralität und Reflexivität in der ökonomischen Disziplin. Dabei geht es um die Marginalisierung von alternativen Perspektiven abseits dominanter, besonders neoklassischer Ansätze sowie um eine einseitige oder gar fehlende ethische Fundierung. Im Ergebnis kann eine fehlende Auseinandersetzung mit Annahmen und Fragen gesellschaftlicher Verantwortung nicht nur unterkomplexe Analysen, sondern auch ethisch fragwürdige Erklärungsansätze schaffen. Überdies schränkt es die Vorstellungskraft für Mögliches und Machbares deutlich ein. Dabei brauchen wir im Lichte der Herausforderungen mehr denn je eine gute Portion Kreativität.

In der Ökonomik gibt es verschiedene Ansätze, die sich mit der Wechselwirkung von Klima und Wirtschaft beschäftigen. Es dominieren aber vor allem Ansätze der

neoklassischen Umweltökonomik. Zentral ist dort das Konzept der externen Effekte. Negative externe Effekte sollen durch verschiedene Strategien internalisiert werden. Dies kann beispielsweise durch eine Verhandlungslösung oder durch einen Preis passieren. In der ökonomischen Lehre erschöpft sich mit diesen Inhalten zu meist das Repertoire, das wir als Studierende an die Hand bekommen. Dabei wäre wichtig, sich auch mit den Annahmen und Grenzen von dieser spezifischen Herangehensweise zu beschäftigen. Nicht zuletzt zeigt sich dies in der Uneinigkeit über eine angemessene CO₂-Bepreisung, die von 40 bis über 180 Euro reicht. Anstatt eines repetitiven Verschiebens von IS- und LM-Kurven sollten daher wirtschaftswissenschaftliche und -politische Diskurse besprochen, kritisch reflektiert und Studierende für ökonomische Gestaltungsmöglichkeiten sensibilisiert werden.



Beispielsweise im Fall des einflussreichen klimaökonomischen DICE-Modells von W. Nordhaus, das dieser bei seiner Verleihung des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises 2018 vorstellte. Demnach läge das Kosten-Nutzen-Optimum bei einer Erwärmung um vier Grad bis 2150. Hieran gibt es nicht nur teils fundamentale methodische Kritiken von anderen Umweltökonom*innen, die Best-Practice-Standards ökonomischer Analysen verletzt sehen. Auch heterodoxe Ökonom*innen kritisieren eine zu simple Mathematik, den Optimierungsgedanken oder schlicht nachlässiges wissenschaftliches Arbeiten. Letztere entwickelten grundsätzlich andere Ansätze: In der ökologischen Makroökonomik wird sich beispielsweise mit der Interaktion von Klima und Wirtschaft abseits von Kosten-Nutzen-Rechnungen beschäftigt. Im Vordergrund steht, dass wirtschaftliche Aktivitäten immer in einem sozialen Kontext ein-

gebettet sind und planetare Grenzen den Rahmen für ökonomisches Handeln vorgeben. Leider werden solche Ansätze in den Wirtschaftswissenschaften weitgehend marginalisiert. In der ökonomischen Lehre kommen sie fast nie vor. Dabei erfordert Reflexivität vielfältige Perspektiven. Hier geht Zukunftspotenzial verloren.

In der Verknüpfung zwischen Forschung und Lehre müssen wir feststellen: Wo keine Lehrer*innen, da keine Schüler*innen. Im Ergebnis findet eine unzureichende ökonomische Ausbildung statt, die uns in Anbetracht heutiger Herausforderungen kaum noch als zeitgemäß erscheint. Dies spiegelt sich auch in der studentischen Wahrnehmung eines VWL-Studiums wider, das oft als Tunnelerlebnis mit Auswendiglernen beschrieben wird. Gleichwohl gibt es einen kleinen Lichtblick: Bei angehenden Ökonom*innen existiert eine

Offenheit für einen Wandel, die jedoch zu oft durch institutionelle Hürden ausgebremst wird. So sind etablierte Ökonom*innen gefragt, institutionelle Veränderungen bei sich im Hochschulbereich und darüber hinaus anzugehen. Das gilt umso mehr, da keine Zeit mehr ist zu warten, bis Nachwuchskräfte in entsprechende verantwortliche Positionen kommen.

Unser Ziel ist es, in dieser Gemengelage Impulse für eine Reform der Wirtschaftswissenschaften zu setzen und zugleich eine kritisch-konstruktive Debatte zu befördern, die zu einer plural-ökonomischen, reflexiven und transformativen Auseinandersetzung mit den Herausforderungen unserer Zeit anwächst. Im Mittelpunkt steht ein Wirtschaftsverständnis, das die ökologischen und sozialen Grundlagen der Wirtschaft ebenso wie demokratische Gestaltungsspielräume anerkennt und mitdenkt. Mit unserer Initiative schaffen wir einen Raum des Austausches auf den Ebenen der ökonomischen Lehre, Forschung und Wirtschaftspolitik. In diesem offenen Prozess engagieren sich Studierende, Nachwuchsforschende bis hin zu Professor*innen. Wir laden Sie ein, sich an dieser Debatte zu beteiligen und konkrete Konsequenzen ins eigene unmittelbare institutionelle Umfeld zu tragen. «

JETZT ANMELDEN

bdvblounge.digital „Relevant, nachhaltig, krisenfest – Ist die BWL noch auf dem richtigen Weg?“ mit Burkhard Schwenker, Honorarprofessor an der Handelshochschule Leipzig und Aufsichtsratsvorsitzender der Roland Berger GmbH
Anmeldung unter: bdvblounge.digital





Europäische Führungskräfte schreiten voran

Wie steht es um Werthaltungen, Kenntnisse und Verhaltensweisen von europäischen Führungskräften im Hinblick auf das große Ziel der Nachhaltigkeit – und wie groß ist ihre Bereitschaft, am Wandel zur nachhaltigen Führung mitzuwirken?

Dieser Frage widmete sich eine soeben veröffentlichte, von der Sapienza-Universität in Rom durchgeführte Studie im Auftrag des europäischen Führungskräfte-Dachverbands CEC European Managers, dem über den deutschen Dachverband ULA neben 16 weiteren deutschen Führungskräfteverbänden auch der bdiv angehört. Basierend auf computergestützten Web-Interviews mit einer repräsentativen Stichprobe von 1.529 Führungskräften in sechs europäischen Ländern (Dänemark, Frankreich, Deutschland, Italien, Polen und Spanien) wurde untersucht, welche Kompetenzen im Hinblick auf Nachhaltigkeit sowohl bei den Befragten selbst als auch bei der Leitung ihrer jeweiligen Unternehmen vorliegen.

Zuerst die gute Nachricht: Die im Mai 2020 durchgeführte Befragung zeigt, dass europäische Führungskräfte dem Thema Nachhaltigkeit eine große Bedeutung beimessen. Viele sind sogar davon überzeugt, dass auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ein nachhaltigeres sozioökonomisches Modell eingeführt werden sollte – und zwar dringend. Die Bedeutung der Führungstätigkeit wird dabei höher eingeschätzt als erwartet: Die persönliche Motivation der Befragten, den Wandel zur Nachhaltigkeit voranzutreiben, scheint größer zu sein als die Maßnahmen ihrer Unternehmen, so die Vermutung der Autoren aufgrund der erhobenen Daten.

Die Studie unterscheidet vier Gruppen von Kriterien, mit denen die Befragten allerdings in sehr unterschiedlichem Maße vertraut

zu sein scheinen. Der einzige Bereich, mit dem sich die Führungskräfte wirklich gut auskennen, war Gruppe 1 (Klimawandel, Umweltauswirkungen, grüne Wirtschaft und soziale Auswirkungen). Gruppe 2 (nachhaltiges Geschäftsmodell, Kreislaufwirtschaft und Zweck) erreichte ein akzeptables Maß an Vertrautheit, Gruppe 3 (Auswirkungen auf Anspruchsgruppen, nachhaltige Beschaffung, regenerative Wirtschaft, Erkennung und Bewältigung von Nachhaltigkeitsrisiken, aber auch -chancen im Unternehmen) wies einen geringen Bekanntheitsgrad auf, und Gruppe 4 (Wesentlichkeitsmatrix und Stakeholder Shared Value) erzielte die schlechtesten Werte.

Zwischen den einzelnen Ländern stellte die Studie keine erheblichen Unterschiede fest.

Eine etwas stärkere Sensibilisierung, Sachkenntnis und nachhaltigkeitsbezogene Werteorientierung bestehe in den romanischen Ländern; hingegen nähmen die Unterschiede ab, wenn es um Führungs- und Sozialkompetenz geht. Themen, die öffentlich diskutiert werden und mit populären Konzepten wie Klimawandel, Umwelt oder Kreislaufwirtschaft verbunden sind, wiesen insgesamt die größten Bekanntheitswerte auf. Wenn es konkret wird, träten aber deutliche Wissenslücken zu Tage – etwa in den Bereichen Nachhaltigkeitsrahmen, Nachhaltigkeitsinstitutionen und Regulierung, wirtschaftliche Nachhaltigkeit und Führung sowie Messung und Berichterstattung über die Auswirkungen von wirtschaftlichem Handeln.

Das Pariser Klimaschutzübereinkommen und Nachhaltigkeitsziele schnitten hier noch am besten ab, während die EU-Richtlinie über die Angabe nicht finanzieller Informationen sowie Benefit Corporations und B-Corps die geringste Bekanntheit aufwiesen. Auch die Ziele der Vereinten Nationen, der European Green Deal und die zehn Prinzipien des UN Global Compact waren weniger bekannt als erwartet, und nur eine von drei befragten Personen konnte darüber Auskunft geben, ob ihr Unternehmen eine nicht finanzielle Erklärung bzw. einen integrierten Bericht veröffentlicht hat.

Im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit liegen die Kenntnisse der Führungskräfte der Studie zufolge auf einem hohen, soliden Niveau: Zwischen 48 und 63 % der Befragten sind mit Konzepten in diesem Bereich „sehr vertraut“ oder „recht gut informiert“, während nur elf bis 16 % der Führungskräfte angaben, dass sie sich wenig oder gar nicht damit auskennen. Die bekanntesten Konzepte sind die Reduzierung von CO₂-Emissionen und Ressourcenverbrauch, weniger bekannt sind dagegen Nachhaltigkeitskonzepte im Zusammenhang mit der Wertschöpfungskette.

Die Vertrautheit mit sozialen Aspekten der Nachhaltigkeit (Achtung der Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung, Datenschutz und Schutz der Privatsphäre usw.) lag laut den Autoren der Studie auf einem zufriedenstellenden, konstant hohen Niveau. In Bezug auf wirtschaftliche Nachhaltigkeit und nachhaltige Führung seien die Führungskräfte zwar ausreichend informiert – jedoch weniger, als es bei ökologischen und sozialen Aspekten der Fall ist. Immerhin jeder Zweite gab an, dass wirtschaftliche Nachhaltigkeit bei den Jahreszielen des betreffenden Unternehmens eine

Rolle spielt. Das zeigt, dass zumindest einige Aspekte der Nachhaltigkeit langsam, aber sicher in den Kern der betrieblichen Abläufe vieler Unternehmen vordringen.

So legt die Studie eine Reihe von Interventionsbereichen nahe, die durch geeignete Maßnahmen verbessert werden sollten:

1. Die Fähigkeit zum Erkennen von relevanten positiven und negativen Auswirkungen eines Unternehmens auf das Ökosystem seiner Anspruchsgruppen.
2. Die Fähigkeit zur Ermittlung von ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und Führungsrisiken und -chancen für das Unternehmen.
3. Die Fähigkeit zur Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Geschäftsmodelle, die nicht nur auf Gewinn ausgerichtet sind.
4. Externe und interne Kompetenzen zur Vermittlung von Nachhaltigkeit als Zielvorstellung und zur Weitergabe entsprechender Informationen.
5. Die Fähigkeit zum sozialen Dialog und zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Regierung, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern.
6. Die Fähigkeit zur Messung von Nachhaltigkeit, Verantwortungsübernahme für Nachhaltigkeit und Berichterstattung über Nachhaltigkeit.

Insgesamt kommt die Studie dennoch zu dem Schluss, dass die relevanten Kenntnisse durch geeignete Ausbildungs- und Informationsmaßnahmen verbessert werden könnten und sollten. Angesichts einer hohen Anzahl an „Ich weiß nicht“-Antworten sei davon auszugehen, dass die unternehmensinterne Kommunikation im Bereich der Nachhaltigkeit noch nicht sehr verbreitet ist.

Auch die persönliche Identifikation der Führungskräfte mit nachhaltigkeitsorientierten Werthaltungen (zwischen 42 und 44 % „sehr stark“ oder „in höchstem Maße“) ist aus Sicht der Autoren nicht als positives Ergebnis zu bewerten; wenn die Frage sich auf Unternehmen bezieht, seien die Werte noch geringer (33 bis 35 %).

Die englischsprachige Studie und eine Zusammenfassung, die auch in deutscher Sprache vorliegt, sind im Internet unter www.sustainableleaders.eu zu finden.

Zusammen mit 16 weiteren deutschen ULA-Verbänden zählt auch der bdvb zu den Mitgliedern der CEC European Managers, der Vertretung von rund einer Million Führungskräften in Europa, die von der Europäischen Kommission als einer von sechs europäischen Sozialpartnern anerkannt ist. Auf dem bdvb Verbandstag #BlueFriday am 29.11.2019 in Berlin berichtete CEC-Präsident Ludger Ramme (bdvb) über die Schwerpunkte der Kampagne #ManagersForFuture, die basierend auf den 2018 verabschiedeten „Leitlinien zur Nachhaltigen Führung“ ins Leben gerufen wurde. «

Versammlungshinweis:

10.11.2020, 18:00, bdvblounge.digital

„Sustainable Leadership – Europäische Führungskräfte schreiten voran.“ bdvblounge.digital mit Ludger Ramme



Durch Nachhaltigkeit krisenfester werden

Die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 ist eine zentrale Begleiterin deutscher Nachhaltigkeitspolitik. Forschende aller Fachrichtungen sind hier eingeladen, drängende Nachhaltigkeitsfragen zu diskutieren und Impulse für die Politik zu erarbeiten. Auch mit der Corona-Krise hat sie sich vor dem Hintergrund von Nachhaltigkeit intensiv befasst und nun der Bundesregierung das Impulspapier „Nachhaltig aus der Corona-Krise!“ übergeben.

Etliche gesellschaftliche Schwach- und Baustellen hat die Corona-Krise schonungslos aufgedeckt: von der Anfälligkeit globaler Lieferketten bis hin zu Abhängigkeiten prekärer Arbeitsverhältnisse, die oft gesellschaftlich „systemrelevant“ sind. Ohne eine Transformation vieler unserer Lebensbereiche, so ist klar geworden, sind und bleiben sie enorm verletzlich. Die umfassende Destabilisierung, die heute ein Virus auslöst, könnte morgen etwa durch den Klimawandel oder den massiven Verlust von Artenvielfalt akut werden, ebenso wie durch einen Börsencrash oder zunehmende soziale Unwuchten. Daher gilt es, in unserem gesellschaftlichen Handeln und Wirtschaften auch auf Resilienz zu setzen und nicht allein auf Effizienz. Dies ist zentral, um Schocks besser abzufedern, anstatt Probleme in einem Bereich zu gesamt-systemischen Auswirkungen auswachsen zu lassen. In anderen Worten: um zu verhindern, dass diese bislang beispiellose Krise zukünftig nicht beispielhaft wird.

Nachhaltigkeit – verstanden als systemische Integration komplexer sozialer, ökonomischer und ökologischer Entwicklungen – verspricht genau dies: eine höhere Resilienz der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Systeme. Von zentraler Bedeutung dafür ist unter anderem also ein hohes Maß an integrativ systemischem Denken und Handeln, was insbesondere während der Corona-Frühphase etwa durch einen intensiven Austausch zwischen Politik und Wissenschaft auch sichtbarer als sonst erfolgreich praktiziert wurde.

Da das Risiko umfassender Destabilisierungen durch weiterhin nicht nachhaltiges Leben global stetig wächst und wir durch die Corona-Krise nun sehr schmerzhaft – und global gleichzeitig – er-



fahren haben, was das alles bedeuten kann, gilt es dringend, die Corona-Krise eben auch als Warnsignal, Lehrstunde und Chance zu verstehen – um beispielsweise durch eine konsequente nachhaltige Entwicklung die gesellschaftliche Resilienz noch einmal deutlich zu steigern.

"Die umfassende Destabilisierung, die heute ein Virus auslöst, könnte morgen etwa durch den Klimawandel oder den massiven Verlust von Artenvielfalt akut werden, ebenso wie durch einen Börsencrash oder zunehmende soziale Unwuchten."

Genau diesen Appell hat die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030) an die Bundesregierung gerichtet. Mit dem Impulspapier „Nachhaltig aus der Corona-Krise!“ wurden dafür wissenschaftlich basierte Empfehlungen übergeben. Diese zielen insbesondere darauf ab, das systemische Denken und Handeln in der Politik zu stärken, und das mit besonderem Fokus auf die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS), die in den kommenden Monaten ansteht. Die vorhandenen politischen Strukturen sollten dafür konsequent gestärkt werden – und in diesem Zuge empfiehlt die wpn2030 unter anderem die DNS mit stärkerer Leitungskompetenz im Rahmen der Bundesregierung auszustatten, einen dauerhaften um- und weitsichtigen wissenschaftlichen „Krisenscan“ als Teil der Nachhaltigkeitspolitik einzuführen sowie die Konzepte von Resilienz und Nachhaltigkeit jetzt stärker miteinander zu verknüpfen.

Der Wissenschaft kommt bei all dem eine wichtige Rolle zu – denn durch ihre evidenzbasierten, systemischen Analysen sowie Voraus- und Umschau bietet sie wichtige Grundlagen für eine resilientere Gesellschaft. Um bestehendes Wissen noch wirksamer in den Dialog mit der Nachhaltigkeitspolitik einzubringen – dafür arbeitet die 2017 ins Leben gerufene Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. Die Plattform ist dabei offen für alle Akteure, die Nachhaltigkeitspolitik durch Wissenschaft stärken wollen. «



Der Autor

Dr. Falk Schmidt ist seit Mai 2017 Leiter der Geschäftsstelle Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. Am IASS ist er seit 2010 und war vier Jahre lang als persönlicher wissenschaftlicher Referent im Büro des IASS-Exekutiv- und Gründungsleiters Professor Klaus Töpfer tätig. Er studierte Philosophie, Wirtschaft und Recht an der FU Berlin und promovierte in Politikwissenschaft. Seine Arbeitsschwerpunkte im Bereich Nachhaltigkeit hat er seit 2003 an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik, national wie international entwickelt.

Drum prüfe, wer sich zeitlich begrenzt binden will...

Rechtliche Grundlagen für die Befristung von Arbeitsverträgen

Die Corona-Pandemie hat vielen Arbeitgebern in den letzten Monaten schwer zu schaffen gemacht. In der Sorge um die wirtschaftliche Existenz sind viele von ihnen auf Kurzarbeit umgestiegen, viele sahen sich aber auch gezwungen, Arbeitnehmer zu entlassen. Geplante Neugründungen mussten bis auf Weiteres ohnehin auf Eis gelegt werden.

Langsam bessert sich das wirtschaftliche Klima wieder, Experten beobachten ganz allmählich wieder einen Aufwärtstrend. Nichtsdestotrotz kann niemand vorhersehen, ob diese Entwicklung Bestand haben wird oder ob es erneut zu härteren Maßnahmen kommen muss. Um diese Unsicherheit wenigstens ein wenig abzufedern, bietet sich Arbeitgebern die Möglichkeit befristeter Arbeitsverträge, um sich nicht gleich für unbestimmte Zeit zu binden. Gerade Existenzgründer können überhaupt nicht absehen, ob und wie sich ihr Start-up entwickeln wird und ob sie die anvisierte Anzahl von Arbeitnehmern überhaupt werden halten können.

Wirksam befristen – wie geht das?

Wer sich mit der Befristung von Arbeitsverträgen auseinandersetzt, muss zunächst wissen, wie die Befristung im arbeitsrechtlichen Sinne überhaupt definiert ist. Von einer Befristung spricht man, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen Arbeitsvertrag auf Zeit schließen. Das ist so weit auch dem Laien klar. Das Besondere an einem solchen Vertrag ist jedoch, dass er automatisch endet und nicht gekündigt werden muss. Dies hat eine – legale –

„Ausschaltung“ des Kündigungsschutzgesetzes zur Folge; der Vertrag endet von selbst, ohne weiteres Zutun des Arbeitgebers und ohne Möglichkeit für den Arbeitnehmer, gegen die Beendigung rechtlich vorzugehen.

Hiervon zu unterscheiden ist der zweckbefristete Vertrag, der mit Erreichung des Zwecks, frühestens aber zwei Wochen nach Zugang der schriftlichen Unterrichtung des Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber über den Zeitpunkt der Zweckerreichung endet. Beide Modelle funktionieren natürlich nur, wenn die vertraglich vereinbarte Befristung – ob zeit- oder zweckbezogen – (rechts-) wirksam ist. Für befristete Arbeitsverträge gelten nämlich strenge gesetzliche Vorgaben. Wird gegen diese verstoßen, führt dies im Ergebnis zu einem unbefristeten Arbeitsverhältnis, welches gerade nicht gewünscht war.

Die allgemeine Voraussetzung für eine Befristung von Arbeitsverträgen regelt das Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG). Danach sind Befristungen grundsätzlich nur möglich und damit wirksam, wenn für die Befristung ein sachlicher Grund vorliegt. Beispielfähig seien hier die Erprobung eines neuen Mitarbeiters, eine Vertretung für einen erkrankten Arbeitnehmer oder ein allgemein

Der Autor

Rechtsanwalt Gerd Stelzer, 1968 geboren, begann seine berufliche Laufbahn in wirtschaftsrechtlich ausgerichteten Kanzleien in Essen und Düsseldorf. Seit dem Jahr 2006 ist er Fachanwalt für Arbeitsrecht und berät mittelständische Unternehmen, Geschäftsführer, Vorstände ebenso wie leitende Mitarbeiter in allen Fragen des individuellen und kollektiven Arbeitsrechts. Als Dozent hält Rechtsanwalt Gerd Stelzer regelmäßig Vorträge und Seminare zu verschiedenen aktuellen arbeitsrechtlichen Themen.
www.peters-legal.com



nur vorübergehender Arbeitsbedarf genannt. Eine nicht abschließende Aufzählung solcher Gründe findet sich in § 14 TzBfG. Für das tatsächliche Vorliegen eines Sachgrundes ist der Arbeitgeber im Streitfall darlegungs- und beweispflichtig.

Das Gesetz schließt aber auch eine Befristung ohne Sachgrund nach § 14 II TzBfG nicht aus. Eine kalendermäßige – also nicht zweckorientierte – Befristung ist bis zu einer Dauer von zwei Jahren zulässig. Diese zwei Jahre stellen die Höchstdauer einer Befristung dar; bis sie erreicht ist, darf der Arbeitgeber seine Befristungen dreimal verlängern. Ehemalige Mitarbeiter, die schon einmal für das Unternehmen gearbeitet haben, sind allerdings vor der sachgrundlosen Befristung geschützt. Dies gilt sogar dann, wenn die frühere Beschäftigung in diesem Unternehmen schon mehrere Jahre zurückliegt.

Achtung: Erleichterungen für Existenzgründer!

Für neu gegründete Unternehmen sieht das TzBfG besondere Befristungsmöglichkeiten vor. Danach ist eine Befristung in den ersten vier Jahren nach der Gründung des Unternehmens bis zu einer Dauer von vier Jahren zulässig. Ausgangspunkt der Fristberechnung ist der Tag der Neugründung des Unternehmens, wobei alle Rechtsformen, vom Einzelunternehmer bis zur AG, von der Regelung einbezogen sind. Das Privileg der verlängerten sachgrundlosen Befristungsmöglichkeit genießen allerdings nur „echte“ Neugründer; wer sein Unternehmen lediglich umstrukturiert kann sich nicht hierauf berufen.

Formal bedarf jede Befristung der Schriftform; die Befristung selbst und deren Dauer müssen klar erkennbar sein. Außerdem sollte im Vertrag eine ordentliche Kündigungsmöglichkeit ausdrücklich vorbehalten sein, damit das befristete Arbeitsverhältnis notfalls auch vorzeitig beendet werden kann.

Im Zweifel gilt wie immer: Lieber vorher einen Fachmann konsultieren! «

Mitglieder finden bei
 unserem Kooperationspartner
 Peters Rechtsanwälte,
 Düsseldorf, juristischen Rat.

Preis-Bildung hinter verschlossenen Türen

Auch das ist Wettbewerb: Gleich drei Preisverleihungen – von der besten Masterarbeit bis zum Wirtschaftssachbuch des Jahres – stehen im Herbst auf dem Programm.



Supermaster 2019: bdvb-Präsident Prof. Malcolm Schauf (l.) und Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger, Geschäftsführer des bdvb, mit Preisträger Florian Molder

Die Förderung von Forschung und Publizistik auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften ist dem bdvb ein zentrales Anliegen. Dabei geht es nicht nur um ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Autoren. Es geht um die Sichtbarkeit unserer Disziplin: Ökonomen haben etwas zu sagen! In den Medien ist das Bild, wenn es um ökonomische Themen geht, überwiegend vom Getöse der Märkte, von Skandalen und dem Widerstreit wirtschaftlicher Interessen geprägt. Die Prämierung von Forschungsarbeiten und populärwissenschaftlichen Werken zielt darauf ab, dass auch die ökonomische Analyse stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit dringt. Dazu will der bdvb einen Beitrag leisten.

So wirkt bdvb-Präsident Willi Rugen als Mitglied der Jury an der Entscheidung mit, wenn am 15. Oktober der mit 10.000 Euro dotierte Deutsche Wirtschaftsbuchpreis vergeben wird. Angesichts einer Shortlist, deren Niveau von Autoren wie Fratzscher, Fuest und Nobelpreisträger Shiller gekennzeichnet ist, wird die Auswahl des Preisträgers nicht leichtfallen.

Dabei ist die Bewältigung der Corona-Krise nur eines der Themen, die die Agenda beherrschen. Von der zunehmenden Wirtschaftsmacht Chinas bis hin zu mehr Nachhaltigkeit durch Atomkraft und Gentechnik erstreckt sich das Spektrum der

Einreichungen, die schon im Vorfeld der Veranstaltung in Einzelrezensionen auf der Literaturseite des Handelsblatts vorgestellt werden. Veranstalter sind das Handelsblatt, die Frankfurter Buchmesse und die Investmentbank Goldman Sachs.

Weiter geht es mit der Verleihung des zweiten „Supermasters“ am 27. Oktober in Düsseldorf. Gemeinsam mit der WirtschaftsWoche sucht der bdvb die beste Masterarbeit mit Wirtschaftsbezug, für die ein Preisgeld von 25.000 Euro ausgesetzt ist. Wie schon im Vorjahr fand sich kurz nach dem Winterurlaub ein Dutzend qualifizierter bdvb-Mitglieder zusammen – zur Hälfte mit, zur Hälfte ohne höhere akademische Weihen –, um aus über 200 Bewerberinnen und Bewerbern die zehn besten herauszufiltern. Diese sollten ihre Thesis in einem Live-Pitch verteidigen, doch dann kam Corona dazwischen, der Termin musste verschoben werden. Wenn Ende Oktober die Jury um Willi Rugen und den Chefredakteur der WirtschaftsWoche Beat Balzli zusammentritt, um die



Als das Händeschütteln noch erlaubt war: bdvb gratuliert Sir Paul Collier zum Deutschen Wirtschaftsbuchpreis 2019



Der Hans Christoph Binswanger Preis wird 2020 zum zweiten Mal vergeben

Finalisten anzuhören und den Supermaster 2020 zu küren, ist die Ausschreibung des nächsten Supermaster-Jahrgangs schon nicht mehr fern.

Kurz darauf wird es noch einmal spannend: Wie der „Supermaster“ wird auch der Hans Christoph Binswanger Preis 2020 zum zweiten Mal vergeben. Das Preisgeld von 3.000 Schweizer Franken ist für Nachwuchswissenschaftler ausgeschrieben, die mit herausragenden Arbeiten zu einem der Forschungs- und Interessengebiete Binswangers beigetragen haben. Dazu zählen neben der Umwelt- und Ressourcenökonomie, die Hans Christoph Binswanger maß-

Die Ausschreibungen für das Jahr 2020 sind beendet. Informieren Sie sich online:

 https://www.handelsblatt.com/arts_und_style/literatur/wirtschaftsbuchpreis/

 <https://award.wiwo.de/wfp/>

 <https://iwoe.unisg.ch/de/institut/hcb-preis>

geblich geprägt hat, auch das Geldwesen, die Frage nach dem Wachstumszwang in kapitalistischen Wirtschaftssystemen und die ökonomische Deutung von Literatur und Kunst. Die Preisverleihung findet am 16. November im Rahmen der oikos-Konferenz an der Universität St. Gallen statt. Veranstalter ist das Institut für Wirtschaft und Ökologie an der Universität St. Gallen in Kooperation mit dem bdvb, dem Binswanger von 2016 bis zu seinem Tod angehörte.

Offene Hochschulgruppenleiterkonferenz 11.2020

Der Bundesvorstand der Hochschulgruppen lädt alle Funktionsträgerinnen und Funktionsträger zur diesjährigen offenen Hochschulgruppenleiterkonferenz 2020 nach Leipzig ein.

Soweit es die Gegebenheiten zulassen, möchten wir den Hochschulgruppenvertreterinnen und Hochschulgruppenvertreter die Möglichkeit geben, sich real miteinander zu vernetzen, auszutauschen und weiterzubilden.

Die diesjährige HGLK wird vom 06.11.2020 bis zum 08.11.2020 stattfinden. Neben der aktiven Erarbeitung von hochschulgruppenspezifischen Themen sowie Aufgaben im Rahmen unseres deutschlandweiten Wettbewerbs bieten wir ein kulturelles Programm im vielseitigen Leipzig an.

Am Sonntag wird dann der neue Bundesvorstand der Hochschulgruppen gewählt. Wir möchten an diesem Vormittag Funktionsträgerinnen und Funktionsträger aus dem Verband Raum geben, mit den Studierenden offen in Kontakt zu treten sowie über aktuelle Themen aus den jeweiligen Gruppen zu berichten. Funktionsträgerinnen und Funktionsträger aus den Regionalverbänden und Fachausschüssen sowie Beirat, Präsidium und die Geschäftsstelle sind recht herzlich eingeladen.



Die Anmeldung zur HGLK wird über den Veranstaltungskalender des bdvb im Laufe des Oktobers erfolgen. Kurzfristige Änderungen aufgrund von COVID-19 behalten wir uns vor. Sollten Sie Interesse daran haben, einen Beitrag zur HGLK zu leisten oder Teil dieser zu werden, freuen wir uns sehr über eine Nachricht an hg-bundesvorstand@bdvb.de

Die HG Marburg wählt! – Vorstandswahlen in Zeiten der Pandemie



v.l. Carlotta Albrecht, Moritz Fritschle, Nina Bongartz, Marvin Schug, Sheyda Khalaji

Die COVID-19 Pandemie ist auch weiterhin eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Im Laufe der letzten Monate halfen Tools wie Zoom auch auf Hochschulebene mit der Pandemie engagieren. So können nun auch Mitgliederversammlungen und Stammtische weiterhin durchgeführt werden.

Im Beisein von Präsident Willi Rugen und Geschäftsführer Matthias Meyer-Schwarzenberger, war es der Hochschulgruppe Marburg somit möglich, einen neuen Vorstand zu wählen. Online-Meeting Tools halfen räumliche Distanzen zu überwinden. Statt in einem Seminarraum an der Philipps-Universität waren die Teilnehmer dieses Mal weit verstreut. Sei es auf einem Campingplatz in den Niederlanden, zu Hause in Mittelhessen oder auf Malta.

Hiermit möchten wir uns für das Engagement des vorherigen Vorstands bedanken und freuen uns auf die Zusammenarbeit in der neuen Zusammensetzung.

Regionalverband Nürnberg-Nordbayern



v.l. Christian Odorfer, Markus Englert, Magdalena Nowak, Bodo Wißkirchen und Sebastian von Meding

Rückblicke auf die Veranstaltungen des ersten Halbjahrs und Planungen für das zweite Halbjahr standen im Mittelpunkt der insgesamt vierten Vorstandssitzung im Jahr 2020 des Regionalverbandes Nürnberg/Nordbayern, welche Corona bedingt nicht mit allen Vorstandsmitgliedern physisch durchgeführt werden konnte. Der Vorstand des Regionalverbandes hatte seine operative Tätigkeit den COVID19-Restriktionen angepasst und für seine Mitglieder, Freunde und Sponsoren digitale Veranstaltungen organisiert oder Zugang zu den Veranstaltungen von befreundeten Verbänden aus dem Netzwerk des RV-Vorstands ermöglicht. Neben prominenten Persönlichkeiten aus der ersten Reihe der Wirtschaftswissenschaft (IfO-Chef Prof. Dr. Clemens

Fuest, Sachverständigenrat-Chef Prof. Dr.Dr. h.c. Lars Feld) wurden auch Praxisvorträge organisiert. Mit den Themen „Die Zukunft der Automobilindustrie“ (Dr. Konrad Wessner) und „Wenn König Fußball in die Knie gezwungen wird – Borussia Mönchengladbach zwischen Champions League-Ambition und Liga-Abbruch.“ (Ex-BuVo-Mitglied Johannes Brandmann) wurden zwei unterschiedliche Themenbereich von zwei Brancheninsidern aus erster Hand analysiert. bdiv-Mitglied Sebastian Brehm, MdB, erläuterte direkt aus Berlin das Corona-Paket der Bundesregierung und Ex-Wirtschafts- und Außenminister Sigmar Gabriel sprach über die Zukunft Europas und deckten den politischen Bereich der Vortragsreihe ab.

Regionalverband Hamburg/Schleswig-Holstein

NACH 31 JAHREN ALS VORSITZENDER ÜBERGIBT DR. JÜRGEN MONZEL SEIN AMT

Am 08. September 2020 trafen sich die Mitglieder des Regionalverbandes Hamburg/Schleswig-Holstein im Hotel Reichshof Hamburg zur Mitgliederversammlung. Neben zahlreichen Mitgliedern waren auch Präsident Willi Rugen und Geschäftsführer Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger der Einladung des Regionalverbandes gefolgt. Auf der Tagesordnung standen Berichte des Vorsitzenden und des Schatzmeisters, sowie Neuwahlen des Vorstandes. Jürgen Monzel hatte bereits zu Beginn erklärt, dass er nicht erneut kandidieren werde. Durch sein langjähriges Engagement ist der Regionalverband gut aufgestellt. Die Aktivitäten sind auf die Region zugeschnitten. Mindestens vier Veranstaltungen pro Jahr, gemeinsam mit Kooperationspartnern wie z.B. dem Europa-Kolleg, mit möglichst exklusivem Anspruch und kompetenten Referenten sind die Regel. Darüber hinaus bietet der Regionalverband, im Rahmen der traditionellen Jahresauftaktveranstaltung, regelmäßig kulturelle Erlebnisse unter sachkundiger Führung.

Das neue Vorstandsteam setzt sich wie folgt zusammen: Sven Kraffzick (Vorsitzender), Helga Kees (stv. Vorsitzende), Jörg Kalke (Schatzmeister) sowie die weiteren Vorstandsmitglieder Bastian Enders, Dr. Gerhard Lüders und Rico Hofman.

ZUR STAFFELSTABÜBERGABE SPRACH DER NEUE VORSITZENDE SVEN KRAFFZICK MIT DR. JÜRGEN MONZEL

Vor 53 Jahren sind Sie in den bdiv eingetreten. Was hat Sie dazu bewegt?

Da es zu der Zeit in meiner Heimatstadt Bremen noch keine Universität gab, ging ich zum Studium der Wirtschaftswissenschaften nach Hamburg. Mit dem Beitritt zum Vorgängerverband des jetzigen bdiv bekam ich wertvolle persönliche Kontakte zu anderen Studierenden sowie zu bereits im Beruf befindlichen Hochschulabsolventen meiner Fachrichtung.

Wie haben Sie den bdiv in dieser Zeit erlebt?

In der damaligen Zeit war der Verband eine wichtige Informationsquelle für Studium und Beruf.

Sie waren 31 Jahre Vorsitzender des Regionalverbandes Hamburg/Schleswig-Holstein, was hat Sie motiviert über so viele Jahre, ehrenamtlich, für den bdiv tätig zu sein?

Es hat mir großen Spaß gemacht, möglichst exklusive Veranstaltungen mit kompetenten Referenten aus ganz unterschiedlichen



Zur Person:

Dr. Jürgen Monzel, Mitglied seit 01.1967 (53 Jahre), Vorsitzender des Regionalverbandes Hamburg/ Schleswig-Holstein vom 3.12.1989 bis 08.09.2020 (31 Jahre) und damit wohl einer der Leiter, die durchgängig am längsten im Amt waren. Auf der Mitgliederversammlung 2014 in Nürnberg erhielt er die Hans-Georg-Rackow Medaille in Silber.

Bereichen der Wirtschaft sowie der Wissenschaft und Kultur zu organisieren.

Wie hat Ihre Familie Ihr Engagement gesehen?

Bei einigen Veranstaltungsformaten wurden Ehepartner mit eingeladen, so war auch meine Frau gerne ab und zu dabei. Daher war bei uns frühzeitig das Engagement familiär akzeptiert.

„Ihr“ Regionalverband zeichnet sich durch regelmäßige Veranstaltungen aus, was waren die Highlights in den letzten Jahren?

Highlights waren unsere Jahresauftaktveranstaltungen, die traditionsgemäß mit einer professionellen Führung durch eine Kunstausstellung begannen und mit einem geselligen Beisammensein in einem Restaurant fortgesetzt wurden. Ein weiterer Höhepunkt war sicherlich die Podiumsdiskussion zwischen den Professoren Ernst Ulrich von Weizsäcker und Felix FitzRoy über die Auswirkungen von Präsident Trumps Wirtschaftspolitik im Warburg-Haus in Hamburg.

Durch Ihre Initiative pflegt der Regionalverband eine enge Zusammenarbeit mit dem Europa-Kolleg Hamburg. Wie ist es dazu gekommen?

Ich hatte das Glück gleich zu Beginn meiner Studentenzeit – nach vorausgegangener Banklehre – in das Europa-Kolleg aufgenommen zu werden. Aus dieser Zeit bin ich diesem verbunden geblieben. Zudem haben sich viele Kontakte für gemeinsame Veranstaltungen mit dem bdvb ergeben. Auch die beiden Diskutanten der zuvor genannten Podiumsdiskussion habe ich während unseres gemeinsamen Aufenthalts im Europa-Kolleg kennengelernt.

Den Vorsitz des Regionalverbandes haben Sie abgegeben, was machen Sie mit Ihrer freien Zeit?

Es bleibt mehr Zeit für die Familie, insbesondere für das Enkelkind und auch zum Golf spiel. Nach den Corona-bedingten Einschränkungen erhoffe ich mir wieder mehr Möglichkeiten für die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen und Reisen.

Werden Sie auch weiterhin die Veranstaltungen des Regionalverbandes Hamburg/Schleswig-Holstein besuchen?

Ja, ich freue mich auf neue Veranstaltungen und lasse mich überraschen.

Beruflich waren Sie für die maritime Industrie tätig, zunächst als Banker, dann als Berater. Der bdvb, wie viele andere Verbände auch, bewegt sich in stürmischen Zeiten. Was raten Sie unserem Verband, welche Schwerpunkte soll der bdvb zukünftig setzen?

Eine Frage auf die es keine einfache und für alle Zeit gültige Antwort gibt. Eine wichtige Aufgabe bleibt m.E. weiterhin für den bdvb, sich für die Einführung des Schulfachs Wirtschaft an allgemeinbildenden Schulen in allen Bundesländern einzusetzen. Hier bieten sich Kooperationen mit Wirtschaftsverbänden an, die häufig über Klagen ihrer Mitgliedsfirmen berichten, weil wirtschaftliche Grundkompetenz der sich bei ihnen bewerbenden Schulabsolventen fehlt.

Wünschenswert wäre auch eine weitere intensiverte Teilnahme am öffentlichen Diskurs zu jeweils relevanten Themen der Wirtschaftspolitik durch eigene Beiträge des bdvb. Auch dies könnte die Attraktivität des bdvb für Studierende und Jungakademiker langfristig erhöhen.

Lieber Herr Dr. Monzel, wir danken Ihnen ganz herzlich für die vielen Jahre ehrenamtliches Engagement und wünschen Ihnen alles Gute.

Anzeige

women&work
www.womenandwork.de

EUROPAS LEITMESSE FÜR FRAUEN

10 JAHRE

**29. MAI 2021
MESSE FRANKFURT**

- 250 AUSSTELLER
- ÜBER 70 VORTRÄGE
- KARRIERE-BERATUNG
- SPEED-COACHING
- AUFBRUCH DER ZIVILGESELLSCHAFT

Zusammen für ökonomische Schulbildung

Um die beteiligten Institutionen, Bildungsträger und Behörden noch besser unterstützen zu können, wird das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland als rechtsfähiger gemeinnütziger Verein gegründet. Der bdvb ist an der wachsenden Dynamik maßgeblich beteiligt.



Verena von Hugo

Verena von Hugo und Ali Sevgi
beim bdvb Verbandstag #BlueFriday
2019 in Berlin



Ali Sevgi

„Es ist der nächste Schritt und es ist folgerichtig“, sagt Ali Sevgi, Sprecher des bdvb Fachausschusses Bildungspolitik, anlässlich der Vereinsgründung am 30. September in Berlin. Bereits im November 2019 hatte am Vortag der bdvb-Mitgliederversammlung die Auftaktveranstaltung zum Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland stattgefunden. Die Medienresonanz war beachtlich: Mehr als sieben Initiatoren vom Deutschen Lehrerverband über Stiftungen wie die Stiftung Familienunternehmen bis hin zum Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller (BVBC) bekennen sich zum gemeinsamen Ziel, wirtschaftliche Grundkompetenzen besser im Schulunterricht zu verankern – „ein ungewöhnlicher Zusammenschluss“, wie die WirtschaftsWoche bereits im Vorfeld kommentierte.

Doch dann kam Corona dazwischen. „Viele Veranstaltungen mussten ausfallen, das war keine gute Zeit für Gründer“, erklärt Sevgi, der auch als Unternehmer von der Krise betroffen war. „Inzwischen ist die Verunsicherung ein wenig gewichen und ich bin froh, dass die beteiligten Partner das Ziel nicht aus den Augen verloren haben.“

Eine Schlüsselrolle spielt bdvb-Geschäftsführer Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger, der das Projekt schon im Vorfeld der Auftaktveranstaltung federführend koordiniert hat. Der politische Prozess in Nordrhein-Westfalen sei dabei sehr hilfreich gewesen, so Meyer-Schwarzenberger: „Die Wiege des Bündnisses liegt eigentlich hier in Düsseldorf. Nachdem das von uns geforderte Schulfach Wirtschaft endlich den

Weg in den Koalitionsvertrag gefunden hatte, sind wir mit den zuständigen Ministerien in einen engen Austausch getreten und haben Experten aus dem ganzen Bundesgebiet hinzugezogen. Aus diesem Netzwerk kam der Wunsch nach mehr, nach einer Struktur, die die Tätigkeit der einzelnen Akteure auch langfristig im ganzen Bundesgebiet bündelt und unterstützt.“

Sven Schumann von der Deutschen Börse AG, Jürgen Böhm vom Verband Deutscher Realschullehrer, Dr. Wolf Prieß von der Joachim Herz Stiftung – lang ist die Liste der Persönlichkeiten, die sich mit Herzblut, Erfahrung, Fachwissen und persönlichen Kontakten in das Projekt eingebracht haben. Von Anfang an dabei waren die Vorstandsvorsitzende der Flossbach von Storch Stiftung Verena von Hugo und der wissenschaftliche Leiter und Geschäftsführer des IÖB Oldenburg Prof. Dr. Dirk Loerwald, der schon im September 2018 als Hauptredner im bdvb Regionalverband Düsseldorf auftrat und die Gelegenheit nutzte, um dem bdvb für sein beherrztes Eintreten für das Schulfach Wirtschaft zu danken.

„Wir müssen die Politik unterstützen und ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Deutschland in Sachen ökonomische Bildung nicht State of the Art ist. Auf diesem Weg sind wir mit dem Bündnis schon ein gutes Stück vorangekommen“, so bdvb-Präsident Willi Rugen im Interview mit der Deutschen Börse AG (online unter: bdvb.de/mediathek, weitere Statements und Informationen: boeb.net/stimmen). «



www.boeb.net

19.11.2020, 18:00, Berlin

4. Berliner Podium zum SVR-Gutachten

Auch im Corona-Jahr 2020 wird die Tradition des „Berliner Podiums“ fortgesetzt und wir sind gespannt auf den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik. Die Tagung wird den Umständen entsprechend nach Möglichkeit als Präsenzveranstaltung durchgeführt. Für das Podium haben bereits zugesagt:



Prof. Dr. Monika Schnitzer,
Mitglied des Sachverständigenrats
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung



Dr. Danyal Bayaz MdB,
Bündnis 90/Die Grünen



Dr. Friederike Köhler-Geib,
Chefvolkswirtin der
KfW Bankengruppe

Weitere Informationen und Anmeldung im Veranstaltungskalender unter www.bdvb.de

Veranstaltungen

Alle Veranstaltungen
und Anmeldung unter
www.bdvb.de/veranstaltungen

08.10.2020, 18:00, **bdvblounge.digital**

Relevant, nachhaltig, krisenfest – Ist die BWL noch auf dem richtigen Weg?

mit Prof. Dr. Burkhard Schwenker, Aufsichtsratsvorsitzender der Roland Berger GmbH

13.10.2020, 18:00, **bdvblounge.digital**

Der Fall Wirecard: Regelungs- oder Führungsveragen? mit Prof. Dr. Michael Wolff, Georg-August-Universität Göttingen

Es diskutieren mit dem Hauptreferenten: Hartmut Jaensch, bdvb Fachausschuss Finanzmärkte, Karoline Metz, bdvb Fachausschuss Finanz- und Rechnungswesen/Controlling, Gunnar Ummen, bdvb Fachausschuss Finanzmärkte sowie bdvb Fachausschuss Finanz- und Rechnungswesen/Controlling

03.11.2020, 18:00, **bdvblounge.digital**

New Normal, New Leadership: Nachhaltiges Führen durch geteilte Verantwortung?

mit Prof. Dr. Guido Möllering, Direktor des Reinhard-Mohn-Instituts für Unternehmensführung und Inhaber des Reinhard-Mohn-Stiftungslehrstuhls für Unternehmensführung an der Universität Witten/Herdecke.

10.11.2020, 18:00, **bdvblounge.digital**

Sustainable Leadership – Europäische Führungskräfte schreiten voran.

mit Ludger Ramm, Hauptgeschäftsführer der ULA – United Leaders Association und Präsident des Europäischen Führungskräfteverbandes CEC European Managers

Umfrage: Braucht Marktorientierung noch Marketing?

Die Relevanz der marktorientierten Unternehmensführung ist unumstritten. Gleichzeitig beweisen zahlreiche Studien einen Verlust der Bedeutung des Marketings. Um diesen Zusammenhang besser zu verstehen, rufen wir zur Teilnahme an unserer Befragung auf: Welche Rolle spielt das Marketing heute im Rahmen der marktorientierten Ausrichtung eines Unternehmens?

Die Umfrage findet in Kooperation mit der Managementberatung für Marken **BIESALSKI & COMPANY GmbH** und dem bdvb Forschungsinstitut statt. Sehen Sie dazu auch die **bdvblounge.digital** vom 24.06.2020 mit Alexander Biesalski, Gründer und Mehrheitsgesellschafter der BIESALSKI & COMPANY GmbH.

Zielgruppe: Fach- und Führungskräfte aller Branchen und Funktionsbereiche

Erhebungszeitraum: September-Oktober 2020

www.bdvb.de/umfrage

Laden Sie als bdvb-Mitglied Freunde, Kollegen, Kommilitonen zu einer vorteilhaften Mitgliedschaft ein. Wir belohnen Ihren Einsatz mit einer Prämie von:

- € 10 bei Studierenden,
- € 25 bei Studierenden mit Einkommen,
- € 100 bei ordentlichen/fördernden Mitgliedern und
- € 100 bei Firmenmitgliedschaften.

Fordern Sie Ihr Werbepaket in der Geschäftsstelle an. Am einfachsten ist es, auf unseren aktuellen Internetauftritt zu verweisen.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Kalenderjahr:

- € 149 jährlich – Einzelmitglied
- € 53 jährlich – Studierende
- € 99 jährlich – Studierende mit regelmäßigem Einkommen (über BAföG-Grenze)
- € 400 jährlich – fördernde Mitglieder (Firmen, Behörden, Verbände und Organisationen)

Mit * gekennzeichnete Felder sind Pflichtfelder

Anrede* Herr Frau

Titel
Name*
Vorname*
Straße*
PLZ/Ort*
<small>(Nur bei Firmenmitgliedschaft Ihre Firmenadresse angeben, sonst bitte Privatanschrift)</small>
Telefon*
Fax
Mobil
E-Mail*
Geb.-Datum*
Datum/Unterschrift*

Angaben zum Studium/Beruf

Akademischer Abschluss
Examensjahrgang
Hochschule u. Ort*
Berufliche Position/Funktionsbereich
Firma/Organisation
Branche
Studiengang u. Semester

SEPA-Lastschriftmandat / Einzugsermächtigung

Um die Mitgliedsbeiträge von Ihrem Konto einzuziehen, muss eine Einzugsermächtigung in schriftlicher Form vorliegen. Aus organisatorischen Gründen erbitten wir vorab Ihre Kontodaten zwecks Bearbeitung:

Kontoinhaber
Geldinstitut
IBAN
BIC

Ich habe ein neues Mitglied geworben

Name
Vorname
Mitglieds-Nr.
Straße
PLZ/Ort

Im Rahmen meiner Mitgliedschaft gestatte ich dem bdvb die Verarbeitung und Nutzung meiner personenbezogenen Daten zu folgenden Zwecken: Eintrag ins verbandsinterne Mitgliederverzeichnis „Meinbdvb“, vorübergehende zweckgebundene Weitergabe an beauftragte Service-Partner des bdvb, Veröffentlichung meines Namens im Mitglieder magazin „bdvb aktuell“ (Nichtgewünschtes bitte streichen). Die Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Bitte zurücksenden an:

Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e. V.
Florastraße 29
40217 Düsseldorf

oder nutzen Sie den Online-Antrag direkt unter www.bdvb.de/mitmachen/mitglied-werden/

Ihre Vorteile als Mitglied

In der Mitgliedschaft enthalten:

- bdvbKompetenzPass – Aktivitäten-Nachweis zur Vorlage bei Bewerbungen, Geschäftsanbahnungen etc.
- Kostenlose Erstanalyse der Bewerbungsunterlagen
- Arbeitsrechtliche Erstberatung durch einen Fachanwalt im bdvb
- Veranstaltungen der Regionalverbände- und Hochschulgruppen sowie bundesweite Fachtagungen und Weiterbildungsangebote
- Vorträge, Workshops, Unternehmensbesichtigungen
- Berufsbezogene Arbeit Fachausschüssen
- Informationen / Tipps / Empfehlungen
- das Netzwerk für Ökonomen

Sie erhalten Vergünstigungen bei:

- Literatur
- Karriereberatung
- Weiterbildungsseminaren / Tagungen

- bdvb-Vorteilswelt bei Corporate Benefits exklusive Mitgliederangebote zu Mietwagen, Reisen, Hotels, Sport, Versicherungen u.v.m.

Vergünstigte Doppelmitgliedschaft mit:

- Deutscher Fachjournalisten-Verband (DFJV)
- Forum F3
- GABAL
- VÖWA (Österreichische Ökonomen)

Immer informiert:



„bdvb aktuell“
das Mitglieder-Magazin
(quartalsweise)



www.bdvb.de – das Online-Angebot im Internet, monatlicher Newsletter



die „WirtschaftsWoche“
52 x pro Jahr digital
als eMagazin und App
für iPad und iPhone



Sixt Gold Card
und bis zu 10 Prozent
Rabatt auf Mietwagen
und Transporter



euro, das Monatsmagazin
für Wirtschaft, Börse und
private Finanzen



Focus und Focus Money,
das zukunftsorientierte
Nachrichtenmagazin als E-Paper
für bdvb-Mitglieder gratis

corporatebenefits Vorteile für Mitglieder

www.bdvb.de → Mitgliederbereich → MeinVorteil



Netzwerke Sachsen, Thüringen, Schwaben und Bodensee
Wirtschafts-Talks und Unternehmer-Tage
zu „Netzwerkpartner“-Preisen

Nachhaltigkeit – nur mit Frauen!



Cornelia Spachtholz

Cornelia Spachtholz, Dipl.-Kffr. (FH), 52 Jahre, verpartnert und Mutter eines 21-jährigen Sohnes, ist seit 2013 Bundesvorsitzende des Verbands berufstätiger Mütter e.V. (VBM, Internet: vbm-online.de) und nimmt in dieser Funktion regelmäßig an Fachgesprächen im Deutschen Bundestag, im Familien- und Arbeitsministerium sowie an zahlreichen Fachveranstaltungen teil. Beruflich ist sie als Mediaberaterin für ein großes Verlagshaus tätig. Zusätzlich engagiert sie sich auch parteipolitisch.

Corona hat uns weltweit in eine Krise manövriert – eine Krise für unsere Gesundheit, für unsere Familien, für unsere Wirtschaft und schließlich eine Krise unserer Gesellschaft. Die Pandemie dauert an, die langfristigen Folgen sind unabsehbar. Dabei ist deutlich geworden, dass viele Berufe, in denen überrepräsentativ Frauen beschäftigt sind, systemrelevant sind – von der Pflege bis zum Einzelhandel, Berufe, die in der Regel nicht nur von schlechten Arbeitsbedingungen geprägt, sondern auch schlecht bezahlt sind.

Gleichzeitig hat die Corona-Krise eine verschärfte Vereinbarkeitsproblematik mit sich gebracht. Nicht umsonst hat sich das Hashtag #elterninderkrise durchgesetzt. Plötzlich sind wir mitten in die Digitalisierung geworfen – von Homeoffice bis Homeschooling. Die Notwendigkeit hierfür war anscheinend genauso wenig absehbar wie der völlig überraschend eingetretene demografische Wandel, der unsere Unternehmen urplötzlich vor die Herausforderung des Fachkräftemangels stellt... – Ironie off: Warum gelingt es so selten, vorausschauend zu agieren? Dabei haben wir eigentlich kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Diversity ist nicht nur ein Beitrag Art. 3 unserer Verfassung umzusetzen, sondern laut Studien auch ein Beitrag zu Produktivität, Kreativität und Innovation.

Mit einem hälftig weiblich besetzten Bundestag sowie anderen politischen Gremien wäre der Fokus sicherlich schon früher auf die Corona-bedingten Herausforderungen für Familien gerichtet worden. Der Verband berufstätiger Mütter e.V. hat schon zu Beginn der Krise Subventionen für Unternehmen gefordert, die es Eltern in Betreuungsverantwortung ermöglichen, bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich freigestellt zu werden – zumal auf

die Hilfe der Großeltern in diesem Fall nicht zurückgegriffen werden konnte. Insbesondere berufstätige Mütter haben in der Kombination aus Homeoffice und Homeschooling noch mehr geleistet als bisher. Auch wenn viele berufstätige Väter sich ebenfalls mehr an Haushalt und Familie beteiligen: Die Unwucht in der Verteilung der Sorgearbeit ist geblieben.

Wenn es um Nachhaltigkeit geht, sollten Frauen entsprechend ihrer Qualifikation, Neigungen und Bedürfnisse mit adäquater Erwerbstätigkeit und Erwerbseinkommen am Wirtschaftskreislauf teilhaben. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist es ein Desaster, wenn auf das Potenzial der bestausgebildeten Frauengeneration ever verzichtet wird oder Ehepaare durch Fehlanreize wie Ehegattensplitting, beitragsfreie Mitversicherung, Minijob und Witwenrente zur ungleichen Verteilung der Sorgearbeit veranlasst werden. Nachhaltigkeit bedeutet auch, in Familien- und Erwerbsarbeit gleichwertig verantwortlich zu sein. Hierfür braucht es einen gesetzlichen Rahmen vom Steuer- bis hin zum Familienrecht. Erst dann kann Art. 3 unserer Verfassung gelebte Kultur werden.

Nun wissen wir aus Unternehmen ebenso wie aus vielen Ehen oder Partnerschaften, dass viele lieber an Vertrautem festhalten, selbst wenn Erfahrungen und die innere Überzeugung etwas anderes sagen. Change Management ist das Zauberwort, das in Politik, Wirtschaft und schließlich auch in Familien mit Leben gefüllt werden sollte. Eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer in der Lebensverlaufsperspektive wäre ein großer Beitrag zur Nachhaltigkeit: Den Müttern mehr Karriere, den Vätern mehr Familie und unseren Kindern beide Eltern. «

AUTOREN-HINWEIS

In jeder Publikation ist die letzte Seite eine ganz besondere Seite. Im bdbv aktuell wird diese unseren Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Sie möchten für die nächste oder eine darauffolgende Ausgabe einen Artikel veröffentlichen? Bitte senden Sie Ihr Thema und Ihre Rufnummer an birgit.schoerke@bdbv.de.

Musik online. Bank online. Aber Impfungen auf Papier?

Impfungen, Diagnosen, alles sicher in **TK-Safe**, deiner elektronischen Gesundheitsakte.

Dein Upgrade. Die Techniker

dietechniker.de

The logo for 'TK Die Techniker' is located in the bottom right corner. It consists of a blue square containing the letters 'TK' in white, with 'Die Techniker' written in white text below it.

TK
Die
Techniker

NEWSLETTER „RECHT & STEUERN“

SO SPAREN SIE STEUERN.



Ihr wöchentliches Update in allen
Rechts- und Steuerfragen:

- **Steuerspartipps** von unseren Experten
- **Aktuelle Urteile** und Gesetzesänderungen
- **Kuriose Rechtsfälle** und überraschende Beispiele

Jetzt kostenlos testen:
wiwo.de/bdvv



**Wirtschafts
Woche**